

Sommer

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1,50 M.
Der Courter ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 47.

Berlin, den 22. November 1908.

12. Jahrg.

Maßlose Forderungen und unverantwortliche Hezer?

Die „Speditions- und Schiffsahrtszeitung“ gibt einem, dem die Tarifverträge ein Greuel sind, das Wort. Dieser Anonymus „Phylax“ scheint von dem Unwerte und der Unwahrhaftigkeit seiner Ausführungen selbst so überzeugt zu sein, daß er sein Kind nicht mit seinem wirklichen Namen zu becken traut. Aber der Zweck scheint nach den Grundrissen des seligen Solofas auch bei ihm die Mittel zu heiligen, denn er will augenscheinlich durch seine Schwarzfärberei den Zusammenschluß aller Spediture in einem großen Arbeitgeberverband herbeiführen. Ob solche Mittel den Zweck erreichen helfen, möchten wir freilich billig bezweifeln. Die anständig denkenden Arbeitgeber müssen selbst eine bestimmte Abneigung gegen eine Sache empfinden, die sich anscheinend nur mit unwahrhaftigen Behauptungen und wie sie aus ihrer reichen Erfahrung wissen, mit dem auf den Kopf stellen der Tatsachen forcieren läßt.

Ist solch ein zentraler Arbeitgeberverband ein wirkliches Bedürfnis des Unternehmertums, bedingt das Gefühl der Selbsterhaltung den Zusammenschluß, dann ergibt sich die Schaffung einer solchen Organisation ganz von selbst, es bedarf dann keiner Redereien, keiner Demagogie, die man sich nicht offen und ehrlich mit seinem Namen zu unterfertigen getraut. Nur die Unwahrhaftigkeit, die Kugeleht stets das offene Licht des Tages, nur diese deckt ihr falsches Gesicht mit dem Dunkel der Nacht, ihre lauernden, flackernden Augen mit dem Schleier der Finsternis. Freilich der Anonymus „Phylax“ wählt diese Vorsicht nur, weil er selber zu genau weiß, daß die Führer des Transportarbeiterverbandes ihm selbst Gelegenheit geben könnten, seine Behauptungen an einer Stelle vorzutragen zu müssen, wo man solche Behauptungen auch mit Tatsachen beweisen muß. Weil er dies aber nicht kann, deshalb verummert er sich in den Mantel der Anonymität. Die Angegriffenen haben aber das Licht der Öffentlichkeit in keiner Weise zu scheuen, sie sind sich keiner Tat bewußt, die sie nicht mit ihrem ehrlichen Namen frei und offen vertreten könnten, und deshalb liegt ihnen daran, daß die Behauptungen ihres unfassbaren Feindes der großen Masse der Berufskollegenchaft zur weitesten Kenntnis gelangen. Deshalb geben wir hier Herrn „Phylax“ das Wort:

„In vielen Branchen haben die Unternehmer diese Vertragsfreiheit eingeschränkt und mit den Arbeitern Tarifverträge zum Zwecke der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschlossen. Auch in der Transportbranche sind verschiedentlich solche Verträge unter Mithilfe der verschiedenen Ortsverwaltungen des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands zustande gekommen und von diesem Verbande auch formell als Vertragspartei unterzeichnet worden. Es kam kein Zweifel darüber herrschen, daß derartige Verträge unter bestimmten Umständen von Nutzen sein können und den beteiligten Unternehmern und Arbeitern auch gute Dienste leisten. Aber es wäre ein recht verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß ein solcher von Organisation zu Organisation geschlossener Tarifvertrag einen langjährigen Frieden verbürge. Das drohende Geistes des Streiks erscheint natürlich bei derartigen Tarifabschlüssen für eine bestimmte Zeit gebannt. Aber in um so erschreckenderer Form kehrt es gewöhnlich bei Ablauf des geschlossenen Vertrages wieder. Es bestätigt sich auch immer wieder von neuem, daß selbst das Verhandeln zwischen Organisationen niemals einen sozialen Frieden sichern kann, wie solcher von Anhängen des Tarifvertrages fortwährend prophezeit wird. Ein dauernder sozialer Friede ist deshalb unmöglich, weil die Arbeiterorganisationen, wie die Erfahrung immer wieder zeigt, bei Stellung ihrer Forderungen unerfährlich sind. Heute wird den Unternehmern dieses, morgen jenes Zugeständnis, oftmals auch unter Anwendung rohester Gewalt, abgepreßt und diese Begehrlichkeit wird von den sozialdemokratischen Agitatoren tagtäglich von neuem in die Reihen der Arbeiterschaft getragen und dadurch eine allgemeine Arbeitsunlust bei den Arbeitern hervorgerufen. Zahlreiche Ausstände haben erkennen lassen, daß selbst günstigste Arbeitsbedingungen den Arbeitgeber keineswegs vor den Angriffen der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen schützen, daß vielmehr für die Arbeiterschaft zur Aufstellung von Forderungen und deren Durchführung lediglich taktische Gesichtspunkte maßgebend sind. Es ist eben das Bestreben der bezahlten Agitatoren des Transportarbeiterverbandes, bei ihren Mitgliedern das Gefühl der Zufriedenheit nicht aufkommen zu lassen. Da nun aber das Entlohnungsverhältnis zwischen den Spedituren und

Möbeltransporteuren und ihren Arbeitern heute fast allorts als ein durchaus zufriedenstellendes zu betrachten ist, werden neue Kampfobjekte in den Vordergrund gestellt. Als solches dominiert unter den die Arbeitszeit betreffenden Forderungen der zehnstündige Arbeitstag, auch fehlt es nicht an Bestrebungen, die Sonntagsarbeitszeit gänzlich aufzuheben. Es wird aber selbst vielfach der dreifache Versuch unternommen, in den Arbeitsverträgen die Freigabe des 1. Mai zu fordern.

Forderungen dieser Art müssen begreiflicherweise als gänzlich unerfüllbar bezeichnet werden. Denn nicht allein, daß der Verkehr unter der geforderten eingeschränkten Arbeitszeit zu leiden hätte, würde eine Erfüllung dieser Ansprüche eine derartige Vermehrung des Arbeitspersonals erfordern, daß der Aufwand für die Erhöhung der Personalregiekosten mit 80-40 pCt. nicht zu hoch eingeschätzt erscheint. Forderungen dieser Art gleichen natürlich einer offenen Kriegserklärung und der Umstand, daß man selbst in dem gegenwärtigen Augenblick, in der Zeit der Depression, die gewöhnlich die Zeit der Besinnung genannt wird, mit solchen Forderungen hervortritt, beweist, daß die berufsmäßigen Hezer sich gar kein Gewissen daraus machen, die Arbeiter in das größte Elend hineinzuführen. Sie sind es, die nach zu langer Friedensruhe ihre Stellung gefährdet sehen und aus diesem Grunde immer neue Kampfobjekte aufstellen, um die Arbeiter in den Streit zu laden.

Von einer Ausdehnung des zehnstündigen Arbeitstages auf das Speditions- und Möbeltransportergewerbe wird natürlich unter den heutigen Verhältnissen nie und nimmer die Rede sein können, denn Speditionskutscher und Arbeiter nehmen bekanntlich unter den Arbeitern eine sogenannte Sonderstellung ein. Diese Sonderstellung besteht darin, daß die Roll- und Möbeltransportkutscher, Arbeiter und Mitfahrer in gewissem Sinne nicht nur Angestellte ihres Brotherrn sind, sondern gewissermaßen auch im Dienste der Kundschaft stehen! Bei der Un- und Abfuhr von Waren erwerben sie nämlich der Kundschaft gegen Erhebung von Gebühren allerlei Gefälligkeiten und Dienstleistungen. Es steht fest, daß diese doppelten Einkünfte eine so ansehnliche Höhe erreichen, wie sie ein gutbezahlter Handwerker nicht aufzuweisen haben dürfte. Da diese Trinkgelder aber während der Geschäftszeit für allerhand Dienstleistungen erworben werden und die Zeittätigkeiten dieser Nebenbeschäftigungen sich der Kenntnis der Arbeitgeber entziehen, kann selbstverständlich die Forderung des zehnstündigen Arbeitstages für das Speditions- und Möbeltransportergewerbe nicht in Betracht gezogen werden.

Den verantwortlichen Führern, welche der Transportarbeiterverband an der Spitze hat, ist dieser Umstand nicht unbekannt. Es ist deshalb um so verwunderlicher, daß sie durch Stellung so maßloser und unerfüllbarer Forderungen die Kriegsurke zu entfesseln suchen. Die Arbeiterführer werden aber zur Besinnung gelangen müssen, wenn es den Unternehmern gelingt, ihnen die Stirn zu zeigen. Ein örtlicher Zusammenschluß der Berufsgenossen des Transportergewerbes ist deshalb allerorts notwendig, denn nur durch Ausbau der lokalen Vereinigungen zu Arbeitgeberverbänden kann verhindert werden, daß die Leistungsfähigkeit des Speditions- und Möbeltransportergewerbes durch einseitige Dekretierung maßloser Forderungen beeinträchtigt wird.

Wir erlauben uns, alle unsere Verbandskollegen zu fragen, wann und wo Unternehmer ihnen schon einmal einen dauernden Frieden angetragen haben? Wir können alle Tage und jede Stunde beweisen, daß dies noch nie und nirgends der Fall war. Sind es doch die Herren Unternehmer, die es in der Hand haben, Tarifverträge mit ihren Arbeitern zu schließen, die sich über das ganze Reich erstrecken, die das ganze Transportergewerbe umfassen, wenn sie es nur wollten. Hat schon einer der Herren für diese große Idee, die ihnen selber den allergrößten Nutzen bringt, einen Finger gerührt? Niemals und nirgends ist das der Fall gewesen.

Dagegen haben sich die Gewerkschaftsführer, die nach der Terminologie des Herrn Phylax die bösesten Hezer sein sollen, stets in dieser Richtung betätigt. Wenn dieser sonderbare Anonymus nur eine blasse Ahnung hätte von der harten Wirklichkeit, von dem Ist der Dinge, dann müßte er wissen, daß es der Transportarbeiterorganisation, und nur dieser allein zu danken, wenn in langen 18 Jahren, seit 1890 in Berlin kein allgemeiner Speditionsarbeiterstreik mehr stattgefunden hat. Die „Hezer“ haben sich eben nie gescheut, ihre eigene Existenz aufs Spiel zu setzen, wenn es galt, die vereinbarten Tarife bei den Arbeitern zur Akzeptierung zu bringen. Ob über gleichen Nennismus auch der Anonymus Phylax verfügt? Nach seiner Schreibweise zu

urteilen sicherlich nicht. Bei den letzten Tarifverhandlungen im Berliner Speditionsgewerbe waren es die Herren Spediture selbst, unter ihnen der Herr Kommerzienrat Jakob, die offen zugaben, daß nicht die Gewerkschaftsangeestellten es sind, die da hegen und schützen. Diese Herren, die „Das Wort“ recht kräftig abgeschüttelt haben, werden sicher besser Bescheid wissen, als ein maskierter Phylax.

Im „Führer“ schrieb im Vorjahr einmal ein Speditur, daß die Fuhrunternehmer es oft selber sind, die durch Erhöhung der Fuhrpreise die „Begehrlichkeit“ ihrer Arbeiter erwecken. Wir können zu Duzenden Fälle erweisen, in denen die Fuhrherren die Erhöhung ihrer Preise bei der Kundschaft mit angeblich erhöhten Löhnen begründeten, dies, obwohl sie ihren Leuten schon seit Jahrzehnten keinen roten Heller Lohnzulage gewährt hatten. In solchen Fällen brauchen die Gewerkschaftler wirklich nicht erst zu hegen, da tamen die Arbeiter schon ganz von selber, dank des guten Beispiels, auf den Gedanken, nunmehr auch ein paar Pfennige Lohnhöhung zu fordern.

Bernünftige, denkende Menschen werden es übrigens nie als ein Verbrechen ansehen, wenn eine oder die andere Gesellschaftsklasse bestrebt ist, ihre Lage aufzubessern. Es liegt nur im Interesse des Fortschritts der Menschheit, daß alle ihre Glieder bestrebt sind, sich nach aufwärts zu entwickeln, aus dem Tierzustand mehr heraus und in ein wirklich menschenwürdiges Dasein mehr hineinzukommen. Und unbedingte Forderungen! Hal Der gute Phylax ist Partei und als solcher sicher alles andere, nur kein objektiver unparteilicher Richter. Auch die Kundschaft der Spediture empfindet die Erhöhung der Rollgelder als unberechtigte Forderung der Spediture. Werden die Spediture sich deren Urteil fügen? Sicherlich nicht. Und wenn zwei das selbe tun, in diesem Falle die Unternehmer und die Arbeiter, dann ist ihr Tun doch auch gleich gut oder schlecht. Jenseits von gut und böse stehen also alle unbedingten Forderungen, denn sie sind nur der Ausdruck dessen, was eine Gesellschaftsklasse fordern zu müssen glaubt auf Grund des Naturrechtes ihrer Existenz und was nach ihrer Meinung Berechtigung hat. Auch der Verkäufer gewöhnlicher Marktware glaubt zunächst berechtigt zu sein, einen höheren Preis fordern zu können, als ihm der Käufer bewilligen will. Wird sich darüber jemand aufregen und den Schutzmann rufen? Keineswegs. Also bleibe man der Arbeiterklasse fern mit dem blöden Geplapper von ihren „unberechtigten Forderungen.“

Die Gewerkschaftsführer sind die verantwortlichen Anwälte ihrer Klienten, der organisierten Arbeiter. Sie müßten ganz miserable Kreaturen sein, wollten sie nicht ihr Anwaltsamt mit aller Gewissenhaftigkeit und dem Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit ausfüllen. Verlangt doch das Bürgerturn, der Unternehmer von seinen Rechtsvertretern das Gleiche und zwar mit gutem Recht. Sollen nun nur die eine Art Anwälte Engel, die andere Art Teufel sein? Will man der Logik und dem nächsten Verstande nicht Gewalt antun, dann wird solche Beweisführung an ihrer Unvernunft scheitern müssen.

Die verantwortlichen Führer der organisierten Arbeiter sind sich ihrer Aufgabe bewußt und deshalb verstecken sie sich nie hinter Masken und Bäumen, unverantwortlich handeln doch nur jene weniger mutigen Leute, die ihre angebliche Meinung in demagogische Formen pressen und dieses Gift dann den großen Unbekannten ausprägen lassen.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

III.

Die Aussperrungen.

Die Zahl der Aussperrungen steigt im Jahre 1907 zu den insgesamt stattgefundenen Kämpfen im fast dem gleichen prozentualen Verhältnis wie 1906. Eine wesentliche Veränderung gegen das Vorjahr hat nicht stattgefunden. Gleich wie die übrigen Kämpfe, so haben auch die Aussperrungen in der Anzahl eine Verminderung erfahren. Es fanden statt 323 Aussperrungen gegen 421 im Jahre 1906, also eine Verminderung um 23,3 pCt. In welchem Maße sich das Verhältnis der Aussperrungen zu den gesamten Arbeitskämpfen in den Jahren 1900-1907 entwickelt hat, darüber gibt nachfolgende Aufstellung Aufschluß.

Es haben stattgefunden:

Im Jahre	Arbeitskämpfe überhaupt	Darvon waren Aussperrungen	Von 100 Lohnkämpfern in wieviel Aussperrungen
1900	852	46	5,4
1901	727	35	4,8
1902	861	56	6,5
1903	1282	82	6,4
1904	1625	112	6,9
1905	2323	253	10,9
1906	3480	421	12,1
1907	2792	323	11,5

Wesentlich anders liegt es jedoch mit der Zahl der von den Aussperrungen betroffenen Personen. Während 1906 von den Aussperrungen 93 356 Personen betroffen wurden, erstreckten sich 1907 die Aussperrungen auf 104 738 Personen. Trotz der Abnahme der Aussperrungen hat sich die Zahl der Aussperrten um 11 382 vermehrt. Im Jahre 1906 entfielen auf jede Aussperrung im Durchschnitt 222 Beteiligte, 1907 dagegen 324. An den Aussperrungen waren 37 Verbände beteiligt. Am schwersten betroffen von den Aussperrungen wurden die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maurer und Schneider. Diese vier Verbände hatten allein 149 Aussperrungen mit 64 641 daran Beteiligten zu bestehen. Für 103 599 der Aussperrten konnte der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit 2 374 772 Tage, der Ausfall an Verdienst 11 172 886 Mk. Die Gesamtausgabe für die Durchführung der Aussperrungen belief sich auf 6 147 079 Mk. (1906: 5 315 079 Mk.), das sind 49,7 pCt. der insgesamt für die Kämpfe ausgegebenen Summe. Auf jeden Aussperrten entfiel durchschnittlich eine Unterstützungssumme von 58,69 Mk. (1906: 56,90 Mk.), während der Anteil an den Gesamtausgaben für die Kämpfe insgesamt für jeden Beteiligten 43,99 Mark beträgt.

Wie im Vorjahre, so ist auch im Jahre 1907 von den Unternehmern, sowohl absolut wie prozentual, die größte Zahl an Aussperrungen verhängt worden, nicht im Verlauf eines Angriff- oder Abwehrstreiks, sondern wegen Differenzen über Lohnhöhe und Arbeitszeit, ohne daß es wegen dieser Differenzen zu einem Streik der Arbeiter gekommen war. Dieses Gebaren zeigt so recht das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer. Die Zahl dieser Aussperrungen betrug 113 — 35 pCt. der gesamten Aussperrungen. An diesen Aussperrungen waren beteiligt 43 165 Personen — 41,2 pCt. der Beteiligten insgesamt. In 41 Fällen verurteilten die Unternehmer, Angriffstreiks der Arbeiter durch Aussperrungen zu entkräften, und wurden von diesen Aussperrungen 36 022 Personen betroffen. In 13 Fällen, woran 10 574 Personen beteiligt waren, wurde zu dem Mittel der Aussperrung gegriffen, um Arbeiter, die wegen Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Arbeitsniederlegung übergegangen waren, zur Aufgabe ihres Widerstandes zu zwingen. Dem Koalitionsraub mußten 35 Aussperrungen dienen, wovon 2122 Personen betroffen wurden, und wegen Feiern am 1. Mai wurden 25 Aussperrungen verhängt, die 3036 Personen in Mitleidenschaft zogen.

Von den gesamten Aussperrungen endeten für die Arbeiter mit vollem Erfolg 95 — 31,2 pCt., an diesem Erfolg beteiligt waren 19 227 Personen — 13,4 pCt., 109 Aussperrungen — 35,9 pCt. mit 46 196 Beteiligten — 44,1 pCt. konnten mit einem teilweisen Erfolg beendet werden.

In den Jahren 1900—1907 fanden 1328 Aussperrungen statt, von denen insgesamt 449 187 Personen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die gesamten Aussperrungen verursachten eine Ausgabe von 20 516 948 Mk., das sind 37,4 pCt. der seit dem Jahre 1900 gemachten Ausgaben für die gesamten wirtschaftlichen Kämpfe.

Seitens der Unternehmer wird die alljährlich wiederkehrende rücksichtslose Vorkostmachung von Tausenden von Arbeitern durch das Mittel der Aussperrung als ein Korrelat gegenüber dem den Arbeitern gewährten Koalitions- und Streikrecht angesehen und in diesem Sinne verteidigt. Wir wollen uns auf eine Erörterung dieser Anschauung nicht einlassen. Es ist aber bezeichnend, daß das Unternehmertum, welches so häufig — bei passender und unpassender Gelegenheit — sein „Wohltun“ für die Arbeiter alsbald hervorheben zu müssen, rücksichtslos Arbeiter aussperrt, die an irgendwelchen Arbeitskonflikten gar nicht beteiligt sind, und zwar lediglich nur zu dem Zweck, um die Gewerkschaftsorganisation, welche bei einem Arbeitskämpfe gerade in Betracht kommt, schwächen und widerstandsunfähig machen zu können. Ein solches Vorgehen findet in der gewerkschaftlichen Taktik kein Gegenstück. Hier beschränkt man sich nur darauf, den Kampf durch Arbeitsniederlegung gegen diejenigen Unternehmer zu führen, die an einem Arbeitskonflikt unmittelbar beteiligt sind.

Soviel steht jedoch fest: Die nun schon jahrelang betriebene Aussperrungsmanie des Unternehmertums zur Niederbrückung der Arbeiter und Zertrümmerung ihrer Organisationen hat ihren Zweck vollständig verfehlt. Das Risiko dieser Unternehmertaktik tritt immer greifbarer zutage. Wohl war es möglich, die Arbeiterkraft durch dieses Mittel bei einzelnen Kämpfen in ihrem Erfolg zu beeinträchtigen, aber der Arbeiterschaft im allgemeinen ist durch das Mittel der Aussperrungen in ihrem Aufwärtstreben kein Abbruch geschehen und am allerwenigsten war es möglich, die Gewerkschaften zu zertrümmern oder in der Entwicklung zu hemmen. Im Gegenteil, man kann annehmen, daß die Aussperrungen das Massenbewußtsein der Arbeiter gestärkt und förderlich auf die Entwicklung der Gewerkschaften eingewirkt haben. Das völlige Versagen des Mittels der Aussperrungen der Arbeiterbewegung gegenüber scheint nunmehr selbst dem aussperrungswilligsten Unternehmertum klar zu werden. Die durch geübtes Wohlwollen für das „Wohl-

ergehen der Arbeiter“ und durch „sanfte Einwirkung“ auf abhängige oder willenlose Arbeiter seitens der Unternehmer zusammengebrachte gelbe Schutztruppe soll nun anscheinend das bezwecken, was man von den Aussperrungen vergeblich erhoffte. Gütliche Hoffnungen! Auch dieser Bahn wird verrinnen vor dem unaufhaltsamen, ehernen Entwicklungsgang der modernen Arbeiterbewegung.

Das Bedt der Jugendlichen auf Arbeit.

Unter obiger Bezeichnung veröffentlicht Amtsgerichtsrat L. Fischer in der „Voss. Zig.“ einen Artikel, der einen tiefen Einblick in die soziale Misere der Arbeiterjugend tun läßt. Ein Richter spricht hier über Anpöckel, aber nicht ein Richter der Schablone, des Buchstabenrechts, nein, ein Mensch, der menschlich warm fühlt und denkt.

„Diese Blide läßt uns unser Beruf in die Menschenseele tun, Blide besonders in die Welt der Mühseligkeiten und Beladungen. Ist wünsche ich, ich könnte meine Erlebnisse weiteren Kreisen bekannt geben sie besonders in die Kreise der Selbstsuchigen, der Selbstzufriedenen, der Gedankenlosen tragen. Wenn diesen einmal das Gewissen sich regen will — von Eiern und Not sind ja heute alle Tagesblätter voll —, so hilft man sich mit dem Trost, daß die da unten, die „breiten Massen des Volkes“, nicht oder nicht so tief ihre Lage empfinden. Sie sollten sich einmal die Mühe nehmen, selbst hinabzusteigen, selbst nachzusehen, und sie würden erstaunt sein, auch hier, wie „oben“, alle Regungen der Menschenseele vorzufinden: neben der Selbstsucht und allen daraus stehenden Untugenden und Lasten die Nächstenliebe in den mannigfaltigsten Formen, Liebe bis zur Aufopferung. Hier eine kleine Probe!

Ich hatte heute zwei Kinder zu vernehmen. Bruder und Schwester. Diebstahl und Heherei waren ihnen zur Last gelegt. Die Anklagebehörde wollte, bevor sie sich schlichtig machte, ob Anklage zu erheben sei, von mir wissen, ob die Beschuldigten „die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen hätten“. Das ist der Ausdruck des Gesetzes (vgl. § 56 und § 57 Reichsstrafgesetzbuch), das in völlig veralteter, mit der heutigen Wissenschaft unvereinbarer Weise die Strafbarkeit vom Intellekt, statt von dem Zustande des Triebens, abhängig macht. Doch dies nur nebenbei! Das Mädchen, das sich wegen Diebstahls verantworten sollte, war 13 Jahre alt, der Bruder, der eine Heherei begangen haben sollte, war ein Jahr älter. Beide erschienen gemeinsam, in ihren besten Kleidern. Ich vernahm zuerst das Mädchen. Dieses war körperlich gut entwickelt; blond, mit treuerzigen blauen Augen, hatte sie das Typische der germanischen Rasse von ihren Vorfahren unvermischt übernommen. Sie war fast schon zur Jungfrau herangereift. Trotdem aber sah sie noch in der vierten Klasse, war also zwei Jahre etwa zurück. Sie erzählte mir ohne jede Scheu, ganz ruhig und unbefangene die Geschichte.

Der Bruder, gerade der Schule entwachsen, sollte sich Arbeit suchen. Ob er keine fand oder finden wollte, sagte mir die Schwester nicht. Er hatte jedenfalls keine Arbeit. Die Eltern aber, arme Leute, mit diesen Kindern, warteten bereits auf den Lohn, den dieser Sprößling „zuverdienen“ sollte. Der Junge — aus Angst — log; er erzählte, er habe Arbeit gefunden. Als aber die Woche um war und er den verdienten Lohn heimbringen sollte, da wurde ihm Himmelangst, was nun werden würde. Denn die Hand des Vaters war, wie er aus Erfahrung wußte, hart, und noch Schlimmeres sah er voraus: daß ihm die Tür gewiesen würde. In seiner Not ging er zur Schwester, vertraute sich ihr an und bat sie, ihm zu helfen, sich Geld zu beschaffen. Diese ein Krispinus in neuer Gestalt — war ihm zu Willen und wurde ihm zuliebe zur — Diebin. Auch sie mußte nämlich schon „zuverdienen“. In der schulfreien Zeit, an den Nachmittagen, wartete sie bei Fremden ein Kind. Dori in der Familie, wo sie diente, nahm sie den Trauring des Dienstherrn von seinem Aufbewahrungsorte und gab ihn dem Bruder. Der verpackte ihn, brachte von dem darauf empfangenen Gelde im Betrage von 12 Mark der Mutter den angeblich verdienten Wochenlohn mit 10 Mk., den Rest aber verbrachte er bis auf 35 Pf., die er der Schwester gab. Diese kaufte sich für 30 Pf. eine Brosche und gab das letzte, den „Scherer“, ihrem jüngeren Schwesterlein, ohne ihr von der Herkunft etwas zu verraten (wie sie vorsorglich hinzusetzte).

So weit die Geschichte, die der Bruder in allem bestätigte. Welche Tragik liegt darin, und wie rührende Züge zeigt die Hauptperson! Zuerst die Tragik. Die Not der Eltern, die schwer kämpfen müssen, gebiert die Lüge des Sohnes, diese, fortzuehend, den Diebstahl und die Heherei der Kinder.

Und auf der anderen Seite: welcher fühlende Mensch wird der Schwester ernstlich zürnen ob ihrer Tat, die sich für den Bruder opfert und von der Frucht dieser Tat, soweit sie ihr zusetzt, nach Befriedigung weiblicher Eitelkeit das letzte fortgibt? Ich würde das Ergebnis nicht einem größeren Leserkreise mitzuteilen wünschen, wenn ich nicht das Bedürfnis fühlte, eine Augenwendung daraus zu ziehen. Es ließ mir keine Ruhe, bis ich dies niedergeschrieben hatte, weil unmittelbar nach dieser Vernehmung ich eine andere hatte, die mir den Eindruck der ersten noch verstärkte und vertiefte. Ich hatte einem Knaben einen Verweis zu erteilen. Bei solcher Gelegenheit spreche ich mit dem Jugendlichen über das, was er treibt und wie er sich sein künftiges Leben zu gestalten gedenkt. Der Knabe war in Gemeinschaft mit seiner Mutter erschienen. Der Vater hat nie Zeit. Er muß verdienen. Die Mutter erzählte mir, sie hätten zehn Kinder. Der Junge hatte jetzt eine gute Stelle. Er war Page in einem vornehmen Hotel.

Nach fragte nach den Gehaltsverhältnissen und ob er nicht auch Trinkgelder erhalte und was er damit be-ginne. Die Antwort gab schnell die Mutter. Die Trinkgelder liefere er ab. Der Vater gehe täglich hin und hole sie (dazu ist natürlich Zeit!). Auf meine Frage, ob das Geld für den Jungen aufgespart werde, erwiderte sie: das können sie nicht; dazu reiche es nicht, sie kämen ohnehin kaum durch.

Dies bildet die Ergänzung des ersten Falles. Aus meiner kurzen Erfahrung als Jugendrichter allein könnte ich viele ähnliche Erlebnisse hinzusetzen. Doch es sei damit genug. Es ergibt sich ja schon hieraus mit Deutlichkeit, daß in den arbeitenden niederen Klassen Eltern, besonders wenn sie viele Kinder haben, deren Arbeitskraft häufig so früh wie möglich aus-nutzen. Das Kind muß, wenn es aus der Schule kommt, oft schon vorher, verdienen helfen. Kommen nun Betten wie die gegenwärtigen, da Handel und Wandel stocken, die Arbeitsgelegenheit gering ist, so wird das nicht etwa dem Kinde zu gute gehalten, sondern es wird gescholten, geschlagen, ja — ich habe es neulich sogar bei einer Mutter erlebt — aus dem Hause gewiesen. „Wenn du keine Arbeit hast, brauchst nicht wiederzukommen.“

Der Richter der Jugend, er wird hier zum An-kläger der heutigen Gesellschaft, obwohl dies augen-scheinlich nicht sein Wille ist. Nach dem Grundsatz: Edel sei der Mensch, hilfreich und gut, verlangt Herr Fischer von der heutigen Gesellschaft, daß sie Arbeit schaffe für die Jugend, denn Mühseligkeit sei aller Laster Anfang. Nun, mit der Beschaffung von Arbeit für die Jugend, ohne Rücksicht auf Arbeitszeit und Lohn wird sicherlich die Lage der Jugendlichen um nichts, oder wenigstens fast nichts gebessert. Denn der Kapitalismus hungert ohnedies jede Stunde nach vil-ligen, schmieglamen, fornwundlichem, jugendlichem Arbeiterfleisch.

Noch immer finden folgedessen die Jugendlichen eher Arbeit, als die Erwachsenen, oder gar die Alten, die Ausgemergelten. In einer vernünftigen Gesellschaft würde die Jugend nicht gezwungen werden, mit noch nicht 14 Lebensjahren schon ins harte Loch der Tagesarbeit zu treten; kommen doch auch bei den Bessersituierten die Tage der Arbeit ums täg-liche Brot erst viel später. Für den jugendlichen Proletarier allein hat das Vaterland nichts übrig, als Arbeit, Plage und Not. Und dann soll er oben-breiten noch solch ein Stiefvaterland lieben!

Eine Wanderung

durch den nordwestlichen Harz.

Wenn wir uns anschauen, im Geiste eine Wande-rung durch den nordwestlichen Oberharz zu unter-nehmen, so geschieht dies nicht zu dem Zwecke, die Schönheiten dieses höchsten mitteldeutschen Gebirges zu schildern. Nein, wir wollen unseren Kollegen in Nord und Süd, in Ost und West einmal zeigen, unter welch, zum Teil geradezu erbärmlichen Verhältnissen, die Arbeiterschaft und speziell unsere Berufscollegen in dieser von der Natur so reich beschenkten Gegend leben. Beginnen wir unsere Wanderung in Goslar, der ehe-maligen Reichs- und Kaiserstadt, bekannt durch male-riische Bauwerke aus alten Zeiten; wir nennen nur das Kaiserhaus. Goslar mit seinen etwa 18 000 Ein-wohnern ist infolge seiner herrlichen Lage der Haupt-ausgangspunkt für kürzere oder größere Hatztauren. Daher herrscht hier auch ein starker Fremdenverkehr, jährlich fast 40 000 Fremde. Eine eigentliche Industrie-stadt ist Goslar nicht. Von einiger Bedeutung sind die Berg- und Hüttenwerke, hier sowohl wie im be-nachbarten Zuluschichte und Langelschichte. Erwähnen-swert ist noch, daß sich hier die sogenannten „Ober-silmpf“ befinden, aus denen vor Jahren die natür-liche Ockerfarbe gewonnen wurde.

Die Arbeiterbewegung ist hier noch nicht sehr alt; erst vor einigen Jahren ist es gelungen, dem Gedanken der modernen Arbeiterbewegung hier Eingang zu ver-schaffen. Doch liegt die Partei- sowie auch Gewerk-schaftsbewegung, infolge persönlicher Streitigkeiten, sehr darnieder. Uns ist es gelungen, im Frühjahr 1907 eine Zählstelle zu gründen, nachdem bereits mehrere fruchtlose Versuche vorausgegangen. Die Zähl-stelle entwickelte sich langsam, und haben wir hier noch ein großes Stück Arbeit zu leisten. Etwa 30 pCt. der Berufscollegen gehören dem Verbände an; alle übrigen stehen uns zum Teil direkt feindlich gegen-über. Vor allem ist es die Leitung des sogenannten „blauen „Rutschervereins“, die sich erbitterte Mühe gibt, das Einbringen der Organisation zu verhindern. Es ist tiefschmerzhaft, daß diese Kollegen in ihrer Borniert-heit nicht einsehen, daß sie durch ihr Vorgehen sich selbst schädigen. Sie sind genau so gut Ausbeutungs-objekte des Unternehmers und werden, sobald ihre Arbeitskraft verbraucht, wie altes Gerumpel in die Ecke geworfen. Es gibt aber eine gewisse Sorte Menschen, die in hündischer Ergebenheit selbst einen Fußtritt des Unternehmers noch als Liebesgabe auf-fassen. Welch eigenartige Ansichten hier noch vertreten sind, beweist eine Aeußerung des Vorsitzenden dieses Vereins. Von einem unserer Kollegen auf die Orga-nisation aufmerksam gemacht, erklärte er mit dem Brustton innerster Ueberzeugung: „In solch einen Verein“, in dem Hinz und Kunz aufgenommen wird, halte ich mich zu gut, einzutreten!“ Und die wir die Verhältnisse kennen, fann dieser Standpunkt nicht weiter wunder nehmen. Leute, die durch den Genuß von diversen „großen Peter“ ihr klares Denkfähig-keitsvermögen verloren haben, sind ja auch die besten „Anechie“ ihres Herrn.

Sie bekommen es unter Umständen fertig, zum Judas an ihren eigenen Kollegen zu werden. Man sollte meinen, bei Löhnen von 14—18 Mk. wöchent-lich würden die Kollegen ohne weiteres die Notwend-igkeit der Organisation anerkennen. Welt gefehlt.

Allen möglichen Klimbin- und Vergnügungsvereinen gehören sie an; aber da, wo es gilt, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, sind sie nicht zu finden. Unsere Kollegen haben also alle Ursache, sich nicht auf die Bärenhaut zu legen. Der Grundstein ist wohl gelegt, aber nun gilt es auch das Haus aufzubauen. Darum Kollegen, alle Mann an die Arbeit und selbst der Feind, den wir am tiefsten hassen — der Unverstand der Massen — wird besiegt werden.

Wir verlassen jetzt Goslar und wenden uns direkt östlich dem etwa 4 Kilometer entfernten Industrie- und Hüttenort Oker zu. Dieser halb preussische, halb braunschweiger Ort liegt am Eingange des herrlichen Okerthals, der Perle des Oberharzes. Der Ort selbst trägt den Charakter einer Berg- und Hüttenstadt und ist bekannt durch die großen, dem braunschweigischen Fiskus gehörenden Hüttenwerke. Auch ist hier die chemische und Glasindustrie stark vertreten. Weiter im Okerthale hinauf findet man bedeutende Holzschleifereien und Holzbearbeitungsfabriken. Infolge der starken Industrie ist auch das Transportgewerbe vertreten, zumal ja Oker auch Bahnstation für die 15 Kilometer entfernte liegende Bergstadt Altenau ist. Unsere Berufskollegen, die in der Wehrzahl als Holzfuhrleute tätig sind, haben bisher wenig Reizung gezeigt, sich der Organisation anzuschließen. Es ist uns in letzter Zeit jedoch gelungen, einige gute Verbindungen zu bekommen und ist zu hoffen, daß auch unsere Kollegen aus ihrem dumpfen Hinbrüten aufgeweckt und einer besseren Zukunft entgegengeführt werden. Notwendig ist es, da auch hier noch recht erbärmliche Löhne bezahlt werden. Von hier aus geht unser Weg in südlicher Richtung durch das herrliche Okerthal. Aufgefällige, gewaltige Klippen starren aus den finsternen Tannenhängen hervor zu großartigen, manchmal gar abenteuerlichen Gestalten sich formend. Neben uns braust die Oker über mächtige Felsblöcke dahin. Unser Weg führt uns an dem 60 Meter hohen Komlerwasserfalle vorbei; wir gelangen nach etwa vierstündigem Marsche in die preussische Bergstadt Altenau mit etwas über 2000 Einwohner. Außer dem fiskalischen Berg- und Hüttenwerke ist keine Industrie vorhanden. Daher ist es auch der Arbeiterbewegung bisher nicht gelungen, hier Eingang zu finden. Da durch die nächste, für den Verkehr nach hier in Frage kommende Bahnstation Oker, sehr weit entfernt liegt, muß der Transport sämtlicher Waren sowie auch der Hüttenzeugnisse per Waage erfolgen. Infolge seiner schönen Lage ist Altenau auch eine besuchte Sommerfrische und bietet auch im Winter für die oberen Zehntausend gute Ski- und Schlittenbahnen. Infolgedessen ist auch das Transportgewerbe stark vertreten. Trotzdem der Ort nur klein, kommen doch etwa 40 Kollegen für uns in Frage. Obgleich nun die Natur ihre Gaben hier reichlich ausgebreitet hat, sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ganz miserabel. So zahlt die Firma Kammelsberg ihren Kutschern 12 bis 16 Mk. Wochenlohn. Die sogenannten „Wierpänner“ erhalten eine ganze Reichsmark mehr, also 17 Mk. pro Woche. Dafür müssen diese vier Pferde pflegen, füttern, putzen und auch mit fahren. Wenn man noch bedenkt, daß diese Kollegen des Morgens aus Altenau wegfahren und manchmal erst gegen 8 ja 9 Uhr und noch später heimkehren, also den ganzen Tag und das Jahrtaus, fahren auf der Landstraße liegen und hierfür nicht einen Pfennig Ertragsabgabe bekommen, so muß man sich wundern, daß sie sich bisher als solch geduldige Schafe erweisen haben. Dabei sind die Lebensmittelpreise, weil es hier oben keine Landwirtschaft gibt, genau so hoch wie in der Großstadt; auch weisen die Mieten eine anständige Höhe auf. Unsere Aufgabe muß es nun sein, durch Wort und Tat die nötige Aufklärung zu schaffen. Der Anfang ist bereits gemacht; nun heißt es nicht ruhen und der Erfolg wird sicherlich nicht ausbleiben.

Von hier aus geht es in südwestlicher Richtung, immer auf „Schusters Napfen“, über Dammbaus, Ranschlacken, Miesensbeck, nach dem etwa 20 Kilometer entfernten Osterode. An einem südlichen Ausläufer des Oberharzes gelegen, finden wir in der mit dem Borotie Freizeit etwa 9000 Einwohner zählenden Stadt, eine starke Industrie vor. In Frage kommt die Textilindustrie, Holzwarenfabrikation, Metallindustrie, Melweißwerke, Sägmühlen, sowie die bekannten Pumpenfabriken von Schumacher und Kochenbörser. Nicht zu vergessen ist auch die Zigarrenfabrikation, in der hauptsächlich die Heimarbeit vertreten ist. Die Partei- und Gewerkschaftsbewegung ist eine gute. Doch können wir dies leider von unserer Organisation nicht sagen. Es ist wohl ein Stamm vorhanden, der treu zur Fahne hält, aber die werbende Kraft fehlt. In Punkto Agitation wird wenig geleistet; die Kollegen glauben, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, haben sie ihre Verpflichtung gegenüber dem Verbände erfüllt. Das trifft jedoch nicht zu. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, mit allen Kräften für die Ausbreitung der Organisation tätig zu sein, zumal ja auch die Löhne in gar keinem Verhältnis zur Arbeitszeit und Leistung stehen, und andererseits auch die Lebensmittel und Mieten eine anständige Höhe zeigen. Wir finden hier in unserem Berufs Löhne von 14 bis 18 Mk. Dazu ist die Arbeitszeit selten weniger wie 14 ja 16 Stunden lang. Zum großen Teil sind unsere Kollegen beim Langholztransport tätig und da passiert es in den meisten Fällen, daß, wenn des Morgens um 4 oder 5 Uhr losgefahren wird, des Abends um 10 ja 11 Uhr oder noch später Feierabend ist. Und wehe dem Kollegen, der am anderen Morgen nicht pünktlich zur Stelle ist; wenn er mit einem Küffel davonkommt, kann er zufrieden sein. Nebenbei liegen die Verhältnisse in den benachbarten Landorten Bodenhausen, Gittelde usw. Auch hier haben die Kollegen eine Arbeitszeit, die bis ins unendliche geht und die Löhne sind zum Teil noch niedriger wie in Osterode. Aus alledem geht zur Genüge hervor, wie notwendig es ist, daß die Kollegen sich der Organisation anschließen.

Wir sehen nunmehr unsere Wanderung in fast nördlicher Richtung fort und erreichen nach mühevollen dreistündigem Marsche, der uns zuletzt auf ein etwa 1 1/2 Quadratmeilen großes Hooplatzau führt, die beiden alten Berg- und Schwesterstädte Clausthal-Zellerfeld, die zusammen etwa 13 000 Einwohner zählen und zirka 600 Meter über dem Meere liegen. Da sich nun hier oben auch einige Sanatorien und Augenheilanstalten befinden und die ozonhaltige Luft nicht unwesentlichen Einfluß auf das körperliche Wohlbefinden der Kranken ausübt, scheint das Arbeitgebertum und vor allem auch der Nat. preussische Bergakademie Standpunkt zu vertreten, daß diese gesunde Bergluft auch ein Teil der Nahrungsmittel ersetzen könne. Geradezu erbärmliche Löhne werden hier oben bezahlt. Da außer der Tabakindustrie absolut keine Industrie vorhanden ist, ist der Bergakademie unumschränkter Herrscher. Zentnerschwer lastet seine Hand auf die Bergproleten; jede freizeitliche Bewegung sofort im Keime erstickend. Und doch sind diese Orte einmal eine Hochburg der „Kassaleaner“ gewesen. So zählte der allgemeine deutsche Arbeiterverein Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hier rund 900 Mitglieder — und heute? — Nur wenige — ganz vereinzelte — trifft man noch an, die jene, für uns so erhabene Zeit mitgemacht. Die politischen Umwälzungen haben alles hinweggefegt.

Hinzu kommt noch, daß uns hier oben und zwar in einem Umkreise von zwei bis drei Meilen absolut kein Versammlungsort zur Verfügung steht. Ja, unseren tätigen Genossen wird es schwer, Wohnung zu bekommen. Deshalb ist es auch kein Wunder, wenn es Partei und Gewerkschaften bisher nicht gelungen ist, hier nennenswerte Erfolge zu erzielen. Doch durch zähe, nicht nachlassende Arbeit, ist es einigen Gewerkschaften und so auch uns gelungen, Fuß zu fassen. Was die Luft den größten Teil des Jahres, mag auch der Boden rauh und hart sein, die aufgewendete Mühe ist nicht ohne Erfolg gewesen. Gewiß ist die Zahl vorläufig noch klein, ist der Gedanke der Zusammengehörigkeit auch noch nicht tief genug eingedrungen, so werden wir dennoch mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln tätig sein. Arbeitszeiten von 16 bis 20 Stunden sind keine Seltenheiten, dabei gibt es Löhne von 12 bis 16 Mk. höchstens. Ebenso wird auch sehr über die Behandlung geklagt. Hinzu kommt noch, daß infolge der großen Zahl der Berginvaliden, die, weil sie solch niedrige Rente beziehen, auf Nebenwerb angewiesen sind, unseren Kollegen eine starke Konkurrenz bereiten und überall als Lohndrücker auftreten. Gerade diese Verhältnisse sind es, die unsere Kollegen umso mehr anspornen sollten, den Gedanken der modernen Arbeiterbewegung bis in die fernsten Hütten zu tragen. Der Menschheit ganzer Jammer packt einen an, wenn man diese Harzproleten müde und abgestumpft, mehr Leiden ähnlich, daherdwahlen sieht. Jeder freizeitlichen Bewegung, jedes Gedankens an eine bessere Zukunft bar, kennen diese Proleten nichts als arbeiten und hungern. Doch nichts ist imstande, auf der Dauer aus den Köpfen, aus den Herzen dieser Arbeiter, den Gedanken an eine Befreiung fernzuhalten. Schon zeigt sich hin und wieder ein flackerndes Lichtschimmer, ein kräftiger Luftzug von außen und er wird zur unauslöschlichen Flamme emporlodern. An uns liegt es, diesen Vorgang zu beschleunigen; wenden wir unsere ganze Kraft an und der Sieg muß und wird unser sein. Wir möchten noch darauf hinweisen, daß am Sonntag, den 23. November, abends 8 Uhr, im Hause des Genossen Schropp, Zellerfeld, Treuenbrennstr. 420 eine Versammlung sämtlicher Transportarbeiter stattfindet. Hierzu sind auch ganz besonders die Frauen unserer Kollegen eingeladen.

Nunmehr führt uns unser Weg talwärts zuerst in westlicher, dann nördlicher Richtung vorbei an die Aufbereitung und Silberwäscherei nach Frankenscharnhütte. Wir betreten nunmehr das innerste Tal und führt uns unser Weg an den mächtigen Steinbrüchen dieses Tales vorbei nach der Bergstadt Wildemann und weiter nach etwa 1 1/2 stündigem Marsche nach Lautenthal, ebenfalls Berg- und Hüttenstadt. Auch für diese beiden Orte gilt das von Clausthal-Zellerfeld gesagte. Mit Ausnahme der Steinarbeiter ist hier vom gewerkschaftlichen Leben nichts zu spüren. Auch unsere Berufskollegen — es kommen für beide Orte etwa 40 Kollegen in Frage, stehen uns bisher indifferent gegenüber, und doch sind die Verhältnisse genau so schlecht, wie oben. Auch hier ist Aufklärung notwendig, damit endlich einmal menschenwürdige Zustände geschaffen werden.

Wir besteigen nunmehr die Innerste-Talbahn und bringt uns diese nach etwa einstündiger Fahrt nach unserem Ausgangspunkt Goslar zurück. Wir glauben, hiermit in kurzen Zügen den Kollegen ein Bild von den Verhältnissen im nördlichen Oberharz gegeben zu haben. Auf Rosen sind unsere Kollegen nicht gebettet. Die Organisation hat hier noch ein gutes Stück Kulturarbeit zu leisten; darum wird es notwendig sein, mit vereinten Kräften an die Arbeit zu gehen, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Kollegen im Oberharz, vorwärts auf die Schanzel! Nichts darf uns abhalten; hier gilt es unsere ganze Kraft einzusetzen. Der Grundstein ist gelegt, nun gilt es den Bau zu vollenden. Errichten wir uns in der Organisation eine Feste, an der das Unternehmertum, an der die Behörden vergeblich ihren Schädel einrennen werden. Gewiß haben wir mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen; doch kann und wird uns nichts abhalten, das gesteckte Ziel zu erreichen. Wir sind es uns selbst, unserer Familie schuldig. Jede Stunde Arbeitszeitverkürzung, die wir erringen, haben wir am Leben gewonnen. Jede Mark Lohnerhöhung dient zum besseren Fortkommen für uns. Darum, vorwärts, durch Kampf zum Sieg!

Aus unserem Beruf.

Arbeiterinnen.

Mannheim, Christliche Windebele. Die „Gewerkschaftsstimme“, Organ des christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verbandes, brachte in ihrer Nummer vom 29. Oktober einen Wandwurm, in welchem außer einem Versammlungsberichte auch ein Tarifvertrag enthalten war, welcher in dem hiesigen katholischen Volksblatt abgeschlossen wurde und das Arbeitsverhältnis der Zeitungsträgerinnen betrifft. Im Versammlungsbericht wurde betont, daß auch einige sozialdemokratische Frauen anwesend gewesen, welche mit dem Wohl, den der Referent Thomas bezog, nicht ganz einverstanden waren. Wir möchten nur noch berichten, daß, ohne auf die Ausführungen des näheren einzugehen, nicht allein die organisierten Frauen mit dem Geschimpfe nicht einverstanden waren, sondern auch die Nichtorganisierten schimpften genau so über diese Heppredigt. Wir danken dem „heiligen“ Thomas für seine Ausführungen, denn alle anwesenden Frauen haben nach der Versammlung ihren Beitritt zu unserer Organisation erklärt. Selbstverständlich mit Ausnahme der „Volksblatt“-Frauen, was wir denselben nicht verdenken können. Hätten sich diese nicht unter den Schutz des heiligen Thomas verschrieben, so wäre es ihnen schlecht ergangen. Trotzdem einige Kollegen auf die Anempfehlungen das Wort wünschten, hatte man von seiten der Leitung nicht den Mut, ihnen dieses zu erteilen. Im übrigen waren wir jedoch mit dem Resultat der Versammlung zufrieden. Das Freudengeheul, das die „Gewerkschaftsstimme“ auf Grund dessen, daß es den Christen gelungen ist, in Mannheim einen Tarif abzuschließen, ausstimmte, hat Formen angenommen, als ob sie halb Mannheim erobert hätten. Wenn wir uns das Monstrum, welches der St. Thomas mit seinem Gefinnungsgeoffener Jean Grenin vom katholischen Volksblatt abgeschlossen hat, betrachten, so müssen die Frauen genug davon haben. Da wollten sich diese Herren noch brüsten und Bauernfängerei treiben mit den Erfolgen, die sie bei dieser Bewegung hatten. Wo stecken denn die Erfolge, welche die Trägerinnen im „Volksblatte“ erzielten? Sie verdienen jetzt pro Abonnement einen Pfennig mehr als vorher. Die Vergütung für Beilagen bedeutet sehr wenig, da es höchstens einmal im Monat vorkommt, daß Beilagen eingelegt und ausgetragen werden. Dann, Herr Thomas, woher hast Du diese Forderung? Ist Dir vielleicht nicht bekannt, daß wir diese Forderung bereits vor einem Jahre in den übrigen Verlagen durchgeföhrt haben? Ist Dir auch nicht bekannt, daß in den anderen Verlagen auch das Abonnementgeld für den ersten Monat ganz der Zeitungsträgerin gehört, wenn sie den Abonnement gebracht hat? Ist Dir nicht auch bekannt, daß wir schon vor zwei Jahren die Trägergebühren in den Zeitungsverlagen „Lanzblatt“ und „Volksstimme“ inkl. Einkassieren auf 23 Pf. festgelegt haben. Also 2 Pf. pro Abonnement und Monat mehr, als wie Du Deine Schäflein auf zwei Jahre gebunden hast? Es bedarf also schon einer ziemlichen Unverfrorenheit, zu behaupten, die Genossen dreschen bloß Whrasen. Der Mehrerwerb, welchen unsere Kollegen erreichen, beträgt pro Jahr 70 Mk., während Du die Deinetigen mit höchstens 15 Mk. abgesspeist hast. Dein Freund Grenin muß doch seine helle Freude an Dir gehabt haben, als Du den Griffel genommen hast und unterschriebst. So wird von denjenigen gearbeitet, welche in den Versammlungen schreien: man kann getrennt marschieren und doch vereint den Kapitalisten schlagen. Warum hast Du Dich nicht bei uns vorher erkundigt, ehe Du den Tarif abgeschlossen hast? Betrachtest Du nun Deine Errungenschaft immer noch als einen Sieg? Uns könnten Deine Hochfreude gleich sein, wenn sie nicht für die ganzen Trägerinnen Mannheims ein Hemmschuh wären. Oder bildest Du Dir ein, jetzt mit Deinem „Erfolg“ haufieren gehen zu können? Wir gratulieren zu dem „Erfolg“. Nur der Unerschrockenheit ist es zu verdanken, welche in den Kreisen der „Volksblatt“-Trägerinnen existiert, daß es so gekommen ist. Sie hätten Dir gewiß etwas gekliffen, wenn sie richtig unterrichtet gewesen wären. Den Dank für diese Tat werdet Ihr noch ernten. Nun noch etwas. Ist Dir etwa bekannt, daß Dein Freund Kränzler bei uns steht hat als Mitglied aufnehmen lassen? Erschrecke nicht; er hat auch bereits seinen Austritt wieder erklärt. We wäre es gewesen, wenn wir so kurzschichtig wären und hätten Deinen Kumpan nicht erkannt? Er wäre jetzt Expedient bei den Genossen. Also ein Schaf unter den Wölfen. Wenn Dein Freund Kränzler auch seine Brille abgesetzt hat, als er nach unserem Bureau kam, so wußten wir doch, was Geistes Kind er war. Wir wollten nicht behaupten, daß andere bei dieser Affäre die Hände im Spiele hatten. Wenn wir aber stark zweifeln, so ist das unser gutes Recht. Eine Schwarzerpflanze bringt durch dich und dümm. So viel für heute.

Automobilführer.

Mit gutem Beispiel voran. Unter den Automobilbesitzern geht zurzeit eine eifrige Agitation zwecks Zusammenschluß aller Kraftwagenbesitzer in einen Verband. Eins ist dabei für alle Chauffeure beachtenswert, daß sich unsere Untertanen nicht nach Berufsgruppen scheiden, wie es zurzeit die Arbeitnehmer dieses Berufes leider noch tun. Allerdings muß hierbei erwähnt werden, daß die Chauffeure diese Organisationszerpflüsterung nicht aus eigener Aufregung betreiben, sondern dazu von zumeist eingewanderten „Bauernfängern“ erst veranlaßt werden. Anders bei den Herren Chefs, welche zumeist hohe Schulen besucht und Rechnen gelernt haben. Wir sehen, daß die Besitzer von Luxus-, Geschäfts- und Erwerbskraftwagen sich alle in einer Interessengemeinschaft vereinigen. In ihrer letzten Gründungsversammlung

waren die Firmen Otto Mohr, Böhmisches Brauhaus, „Wedag“, Warenhaus Herm. Tsch. „Mandelhardt“, Otto Wegel und verschiedene andere Waren- und Kaufhäuser, industrielle Etablissements, Gewerkschaften usw. mit circa 2000 Kugelmotorwagen vertreten. Herr Generalsekretär Zeden referierte über den Zusammenschluß aller Kugelmotorwagen-Interessenten angesichts des drohenden Kraftpflichtgesetzes. Dieses soll allerdings nur das Mittel zum Zweck sein, denn in Wirklichkeit will man sich vor allem gegen die Begehrtheit der im Arbeitnehmerverband organisierten Chauffeure vertheidigen. Sagte doch der Referent:

„Vor allem aber sei die Vereinigung dazu berufen, eine Zentralstelle für Kontrolle, Ausbildung und Nachweis der Chauffeure zu bilden, um den starken Mißständen auf diesem Gebiete energisch entgegenzutreten. Die Vereinigung müsse in erster Linie dem bestehenden Arbeitnehmerverband der Chauffeure ein Paroli bieten, um den Uebergriffen der Chauffeure entgegenzutreten zu können. Die Heranbildung eines besser geschulten Chauffeurmaterials, ein Arbeitsnachweis, die Ausbildung unsäglich oder böswilliger Chauffeure aus den Betrieben, Sorge für Chauffeurersparnis in den Fällen, wo der Chauffeur angeblich verhindert ist, seine Pflicht zu tun, seien weitere Aufgaben in dieser Hinsicht.“

Wie die Ausbildung und der Arbeitsnachweis für Chauffeure dieser Herren aussieht, davon haben wir ja schon einmal im Jahre 1907 einen Begriff bekommen. Die private Chauffeurausbildung ist gewiß unter aller Kritik, aber wie im vorigen Jahre in der Ausschreibungzeit die Ausbildung von Chauffeuren in Wilmersdorf und Halensee unter Aufsicht der Polizei betrieben wurde, spottete doch jeder Beschreibung. Wir möchten fast sagen, die Frölichkeit dieser Ausbildung von Chauffeuren durch den „Verein der Kraftwagenbesther“ hat die Antipathie des Publikums gegen die Chauffeure noch erheblich gesteigert. Zur Heranbildung eines besser geschulten Chauffeurmaterials“ halten wir die Arbeitgeber am allerunsfähigsten. Unter Uebergriffe der Chauffeure verstehen die Herren selbstverständlich jede Lohnforderung derselben. Ein Verlangen nach gerechter Bezahlung der Arbeitsleistung, ist bei den Unternehmern schon ein Uebergriff.

Auch Herr Ingenieur Vorreiter, welcher: „Ueber die Kraftwagenführerfrage und die Gründung von staatlich konzessionierten Fahrschulen“ referierte, sprach sich dahin aus, daß die Privat-Chauffeurschulen vollständig außerstande sind, tüchtige Chauffeure auszubilden, und daß dieses die Aufgabe des zu gründenden Vereins der Kraftwagenbesther sein müsse. Die Einrichtungskosten einer Chauffeurschule würden sich nach seiner Berechnung auf 26 000 Mk. belaufen und würde solche ein wünschenswertes Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeiführen. Letzteres möchten wir allerdings bezweifeln. Soweit die allgemeinen Interessen des Automobilverkehrs in Betracht kommen, werden die Chauffeure stets auf dem Plan erscheinen, aber ihre Berufsinteressen werden sie allein vertreten.

Interessant dürften unseren Kollegen nun noch die Ausführungen zu dieser Sache von den Vornegrosen um Helm und Sp. sein, dessen Jahrgang für die Interessen der Unternehmung, der sogenannte „Chauffeur“, folgendes ausführt:

Amn. d. N. Was die Allgemeinheit der zu Grunde liegenden Ausführungen betrifft, so ist auf dieser Basis schon längst von selten der Genossenschaft der Chauffeure eine ähnliche Institution ins Leben gerufen worden und dürfte auch ein Teil der Ideen derselben zur Grundlage benutzt worden sein. Den Ausführungen des Herrn Vorreiter pflichten wir ganz bei, bis auf die Chauffeurschulen, welche ganz überflüssig sind, zumal, wie schon oft erwähnt, genug tüchtige Leute aus den Fabriken hervorgehen und fleißiglos herumlaufen. Die Hauptsache, um tüchtige brauchbare Chauffeure zu haben, bleibt nur, Fachleute, gelehrte Mechaniker und Maschinenkloster zu engagieren, wodurch das Reparaturkonto bedeutend herabgemindert wird, da der Fachmann in der Lage ist, seine Reparaturen selbst zu machen, was eben beim Nichtfachmann unmöglich ist. Die Herren Automobilbesther sollen lieber den Fachmann seinen Kenntnissen entsprechend bezahlen, so werden sie viel mehr ersparen, als Nichtfachleute mit niederen Löhnen anzustellen, wodurch ihnen vermöge deren Unkenntnis horrenden Summen an Reparaturen erwachsen. Daß sich der Kutscher nach den Ausführungen des Herrn Vorreiter am besten eignen soll, glauben wir auch nicht, da derselbe wohl hü und ha mit den Pferden verkehren kann, die Maschine jedoch für solche Zwecke nicht empfänglich sein dürfte.“

Es ist kaum zu glauben, wie diese „Handelsjuden“ ausschneiden; die früheren „Mühlendammer“ waren gar nichts dagegen. Dabei ist von ihrem „Ramschladen“ in Berlin so gut wie gar nichts zu sehen. Die Chauffeure aber haben allen Anlaß, sich die Einigkeit der Unternehmung zum Vorbild zu nehmen und sich ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, anzuschließen.

Er heult wie ein Fuchs in der Falle! Herr Helm mimt in seinem Organ „Der Chauffeur“, von der sogenannten „Chauffeurgenossenschaft“, über die Siebe, welche er und noch einige seinesgleichen in der öffentlichen Chauffeurversammlung am 5. November bekommen haben. Um diese Geschäfts Herren, welche sich erdient, die Interessen der Chauffeure zu vertreten, einmal öffentlich die Wahrheit zu sagen, dazu war diese Versammlung von dem Kollegen Schulze nur für Geschäfts- und Kugelmotorwagenchauffeure einberufen. Sie war über Erwarten gut besucht und hat auch ihre Wirkung nicht verfehlt. Der Referent ging

mit den Herren Bismarckchauffeuren à la Helm, Eisler, Lohy und Hartmann, welche sich in der letzten Zeit öffentlich hervorgetan, um die Chauffeure für ihre Geschäftsinteressen einzufangen scharf ins Gericht. Zur Zeit werden in Berlin nicht weniger als circa neun „Chauffeurvereinigungen“ gezählt, wovon die größte — unsere Sektion, welche 1200 Mann zählt, ausgenommen — circa 40 Mann stark ist. Diese Zersplitterung ist nur dadurch zu verstehen, daß sich die Kollegen von solchen Leuten wie Helm und Konsorten, einreden lassen, sie seien als Chauffeure keine Transportarbeiter. Kollegen, welche sich die ein Uffim heute noch vorkaufeln lassen, können außer ihrer eigenen Stellung, gleich wie Herr Helm und Genossen im Chauffeurberuf nur wenig Bescheid wissen, und ihre Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit tragen zu den heutigen Zuständen sehr viel mit bei. Anstatt die Interessen des Berufes selbst in die Hand zu nehmen, glauben die Kollegen diese gewahrt, wenn sie dieselben in die Hände spekulativer Geschäftsleute legen. Dies trat auch bei dem aufgelösten Allgemeinen Kraftwagenführer-Verband zu Tage und bei der sogenannten „Genossenschaft“ wird es im großen Maßstabe betrieben. Herr Helm gab in der Versammlung selber zu, daß die „Genossenschaft“ die Chauffeure als Agenten brauche, um ihre Waren absetzen zu können. In der Diskussion suchte sich Herr Helm wie ein Kal aus der für ihn unangenehmen Situation zu winden. Wie er selbst berichtet, erzielte er damit nur das Hohn- und Gelächter der anwesenden Chauffeure. Antworten darauf, ob er in der Chauffestrasse bei den Gelben war, um sich mit diesen zu vereinigen, und daß das letzte Verlangen der Genossenschaft von Unternehmern mit arrangiert und unterstützt worden war, blieb der Herr schuldig. In seinem Bericht im „Chauffeur“ leistet er sich eine neue Unerfrorenheit, indem er die Berufszuständigkeit der Kollegen Schierling, Becker, Schulze und Meißig anzweifelt. Herr Helm, welcher allerdings erst vor kurzem nach Berlin zugereist ist, muß allerdings den Kollegen unbekannt sein. Dafür haben die genannten Kollegen seit Jahren praktisch als Chauffeure gewirkt. Die Versammlung war imposant und brachte uns einen Zuwachs von 11 neuen Mitgliedern, denen andere bald folgen werden.

Gegen das übermäßig schnelle Fahren der Kraftwagen hat der Amtsvorsteher von Grunewald folgende Bekanntmachung erlassen: „Die wachsende Belästigung und Gefährdung des Publikums durch übermäßig schnell fahrende Automobile veranlaßt mich, auf die Bestimmungen der Oberpräsidialverordnung vom 26. September 1906 und der Ortspolizeiverordnung vom 21. November 1899 hinzuweisen, nach welchen in den Straßen des Amts- und Gemeindebezirks Grunewald eine größere Fahrgeschwindigkeit als 15 Kilometer in der Stunde, d. h. 250 Meter in der Minute, nicht gestattet ist (der sogen. schnelle Trab). Die Polizeibehörde ist von mir angewiesen worden, jede Uebertretung dieser Bestimmungen unmissverständlich zur Anzeige zu bringen, und ich werde im Interesse der Sicherheit des Publikums in Zukunft solche Uebertretungen mit der höchsten zulässigen Strafe ahnden.“

Wir möchten unsere Kollegen darauf hinweisen, die obige Bekanntmachung genau zu beobachten. Der Gemeindebezirk Grunewald ist bekanntlich eine der Automobilstraßen. In der Königsallee stehen die Gendarmen und Gemeinbediener zur Regelung und Ueberwachung des Verkehrs im Versteck hinter Bäumen, Sträuchern etc. und arbeiten auf solche Art für die Gemeindefasse. An was die Automobilfahrer und die Gendarmen erkennen sollen, daß schneller als 15 Kilometer in der Stunde gefahren wird, macht der Herr Amtsvorsteher nicht bekannt. Wie es der Gendarm und Gemeinbediener befindet, so stimmt es und vor Gericht hilft der Beamtenid über alles hinweg. Darum Kollegen, seid doppelt vorsichtig im Gemeindebezirk Grunewald.

Hamburg. Die Kraftwagenführer liegen nach wie vor in grimmiger Fehde mit der gestrengen Obrigkeit von Lohndorf-Lohe. Ihre heiligsten Versicherungen, daß sie den „heißeren“ Ort in erlaubtem Tempo durchfahren, ja abschließlich in Kenntnis der „Gefährlichkeit“ der als „Autofalle“ verrufenen Gegenstände, die Fahrgeschwindigkeit genau beobachteten, scheitern an der unerbittlich das Gegenteil feststellenden „Stoppuhr“ des Amtsbieners. Nun haben viele Müller an ihrem Fahrzeug eine sinnreich konstruierte Uhr, die ihnen zu jeder Frist anzeigt, mit wieviel Kilometer Geschwindigkeit, pro Stunde berechnet, sie fahren. Aber dieser Apparat ist machtlos gegen seinen „kleinen Bruder in der Westentasche“ des Beamten. Der Chauffeur als Geschuldiger mag ja noch so genau beobachten und feststellen haben, wie schnell er fuhr, er findet aus präzisen Gründen jellen oder nie Glauben, und einen Dritten, der nun gerade durch Lohndorf-Lohe hindurch den Geschwindigkeitsmesser ständig im Auge behält und das Fazit für eine Vielzahl nach Monaten zu erwartende Gerichtsverhandlung sich merkt, wird er in den allerwertigsten Fällen in seinem Behiel haben. Auch diese „Schubvorrichtung“, so exakt sie funktionieren mag, hat also für ihn nur recht problematischen Wert. Nach wie vor fühlen sich die Kraftwagenlenker dem Lohndorfer Schicksal auf Gnade und Ungnade überliefert und lassen murrend die nicht gelindten Sprüche der Gerichte über sich ergehen, von denen sie sich zu Unrecht betroffen fühlen. Hier winkt dem Erfinder eine lohnende Aufgabe: Ein Instrument, das Tag, Stunde, Minute und Sekunde und zugleich die auf jedem Reckabschnitt entfallene Geschwindigkeit einwandfrei registriert. Das wäre so etwas!

Es wird also schließlich kaum ein anderes Rettungsmittel verbleiben, als durch Lohndorf-Lohe in erlaubter Schnelle zu fahren. Die Müller sollten's einmal probieren!

Bierfahrer.

Berlin. Zu einer Protestkundgebung gestattete sich die von der Sektion der in den Brauereien Groß-Berlins beschäftigten Mitglieder unseres Verbandes einberufene Versammlung, zu welcher auch Frauen eingeladen und in größerer Zahl erschienen waren. Der Referent, Reichslagsabgeordneter Jubelt, hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die neuen Steuerentwürfe unter besonderer Berücksichtigung für das Brauereiwesen. In klarer, leicht verständlicher Weise zeigte er den Anwesenden, welche ungeheure Lasten das arbeitende Volk zu tragen hat, um die Weltmachtspolitik der Regierung aufrecht zu erhalten. Wenn durch die im Jahre 1906 erhöhte Steuer die in der Brauereindustrie Beschäftigten ganz bedeutend geschädigt wurden, so wird durch die neue Steuerentwürfe die Existenz vieler der in Frage kommenden zweifelsohne vernichtet werden und zwar dadurch, daß bedeutende Einkürzungen infolge des zurückgehenden Konsums in den Brauereien vorgenommen werden können. An der Hand reichhaltigen Materials führte Redner die Wirkungen der neuen Steuerentwürfe den Anwesenden vor Augen und bemerkte dann weiter, daß es kein Wunder sei, wenn Proteste gegen diese Steuer erhoben werden, und daß auch die organisierte Arbeiterschaft Erwägungen anstellt, wie sie sich als Konsument, der die Hauptlast zu tragen hat, dagegen am besten wehrt. Des weiteren beleuchtete Redner die übrigen Steuerentwürfe in ähnlicher Weise. Er forderte die Anwesenden auf, diese Fragen eifrig zu diskutieren und Proteste zu erheben gegen jede Bedrückung. In der Diskussion, welche sich sehr interessant gestaltete, bemerkten mehrere Redner, daß die Kollegen die Last der Steuern wohl schwer empfinden, aber nicht immer den Mut haben, hiergegen energisch zu protestieren, zumal in den Reihen vieler Berufskollegen der Patriotismus noch wahre Drogen sei. Das habe ja auch das Stiftungsfest der Bierfahrer vor kurzem bewiesen. Es müßte einem komisch an, wenn diese Kollegen, die sich auf den Namen: echter deutscher Biertrinker wer weiß wie viel einbilden, aber in demselben Atemzuge erklären, die Steuern, welche man ihnen auferlege, seien so hoch, daß es ihnen nicht möglich sei, ihre Existenz im Kampfe ums Dasein zu erhalten, und sie sind infolge dessen mit den Maßnahmen der Regierung keineswegs einverstanden. Es soll sogar vorgetragen sein, daß viele erklärt haben, sie treten, um sich wenigstens einige Steuern vom Hals zu halten, aus der Landeskirche aus. Weiter wird darauf hingewiesen, daß es nunmehr an der Zeit sei, daß die Kollegen ihre Interesslosigkeit abstreifen, indem sie sich ihrer Organisation — dem Transportarbeiter-Verbande — anschließen, um so vereint den Kampf für ihre Existenz führen zu können. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute, am 8. November, im Englischen Garten tagende zahlreich besuchte Versammlung der in den Brauereien Berlins und Umgegend beschäftigten Fahrer, Mitfahrer usw. protestieren mit Entschiedenheit gegen die von der Regierung beabsichtigte Erhöhung der Brausteuer. Durch die Einführung wird die Existenz der in der Brauereindustrie Beschäftigten auf das äußerste gefährdet. Die vor drei Jahren erfolgte Steuererhöhung ist bereits auf die Existenzbedingungen der Berufskollegen von abier Wirkung gewesen. Die Versammlung erwartet, daß die Vertreter der Arbeiterklasse im Reichstag nichts unversucht lassen, um die Regierung bei Beratung der Steuergesetze auf die dadurch hervorgerufene Erschwerung der Existenz der Arbeiterschaft aufmerksam zu machen. Zu bedenken ist ferner, daß die Arbeitslosigkeit noch gesteigert werden wird, wenn diese Gesetze ihre Wirkung entfalten. Die Versammlung verspricht, nach besten Kräften für die Aufklärung der breiten Volksschichten zu wirken, um den Kampf gegen die neuen Steuerprojekte eindrucksvoller zu machen.“

Nachdem der Branchenleiter die Kollegen ermahnte, sich an der in diesem Jahre stattfindenden Gewerbe-gerichtswahl Mann für Mann zu beteiligen und auch die arbeitlosen Kollegen dadurch zu unterstützen, daß jede in den rinfreien Brauereien freiverwendende Stelle unserem Arbeitsnachweise mitgeteilt werde, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Deuthen (D.-S.). Was man nicht anders fassen kann, sieht man als großen Unfug an. Wie erinnerlich traten Ende März d. J. die Kutscher der Firma Wünsche in Streit, um dadurch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. An Stelle der Kutscher mußten sich die Klaffenungen und die Braumeister auf den Kutschbock setzen und das Bier verfahren. Hierbei wurden nun auf Befragen der Kundschaft nach den Kutschern falsche Angaben gemacht, der wahre Sachverhalt verheimlicht, um nur das Bier abzugeben. Als die Kutscher dies erfuhren, eruchten sie den Geschäftsführer unseres Verbandes um Herausgabe eines Flugblattes, um der Kundschaft mitzuteilen, aus welchen Gründen in den Streit getreten wurde. Dies geschah. Nur wenige der Blätter wurden verteilt, da schon nach einem Tage eine Einigung zustande kam. Nach circa einem Monat erhielten der Drucker Genosse Dienckewitz, der Verleger Kollege Traupe, sowie der Arbeiter Kowollek als Vertreter Strafmandate, erstere über je 60 Mk., letzterer über 15 Mk. Hiergegen wurde Einspruch erhoben. Das Schöffengericht bestätigte die Strafmandate mit der Begründung, daß eine wesentliche Beeinträchtigung: erstens der Inhaber der Brauerei Wünsche, zweitens der Kundschaft der Brauerei, und drittens auch anderer Geschäftsleute stattgefunden habe, und zwar könnte jeder Kutscher oder Arbeiter, dem es einmal nicht paßt, zu den Angeklagten gehen und ein Flugblatt verlangen etc. In der Berufungsinstanz verhandelte nunmehr die

Strafkammer zu Weuthen. Diese verwarf die Bezeugung betreffs der beiden ersten Angeklagten, trotzdem der Zeuge Hirschberg vollumfänglich die Angaben des Jungblattes unter seinem Eide bestätigte. Nur der Angeklagte Kowollet, der Zeitel verteidigt hatte, wurde freigesprochen. Gegen dieses Urteil, soweit es die Aufrechterhaltung der Strafe anbetrifft, ist Revision angemeldet worden, und ist zu hoffen, daß in der neuen Instanz ein Freispruch erzielt wird.

Droschkenführer.

Erhöhte Polizeistrafen. Seit dem Antritt des Herrn von Sudentauch als Polizei-Präsident in Berlin hat sich bezüglich der Polizeistrafen eine nicht unbedeutende Erhöhung derselben bemerkbar gemacht. Was die Droschkenführer anbetrifft, so scheint man sich dieselben ganz besonders aus dem Korne genommen zu haben, man könnte Hände darüber schreiben, für was alles dieselben, in Berlin und seinen Vororten, bestraft werden. Es sieht beinahe so aus, als ob sie bloß dazu da wären, die Klassen verschiedener Orte durch die von ihnen zu zahlenden Strafgebühren füllen zu helfen. Daß man sich die Wagenführer hierzu aussucht, ist weiter nicht verwunderlich, sind doch die auf der Straße dienenden Polizeibeamten, wenn wir nicht irren, schon zweimal von oben herunter darauf hingewiesen worden, ihr Augenmerk besonders auf diese zu richten, damit sie nicht nur den polizeilichen Vorschriften nachkommen, sondern sich auch unbedingt den polizeilichen Anordnungen fügen. Letzteres ist nämlich der wichtige Punkt. Es hört sich ganz gut an, sich unbedingt den polizeilichen Anordnungen fügen, ob aber immer die Möglichkeit vorhanden ist, dies tun zu können, ist eine zweite Frage, welche eigentlich eingehender Erörterung bedarf, weil auf das unbedingte Folgeleisten von der Polizei sowohl, wie von den aburteilenden Gerichten besonderes Gewicht gelegt wird und bei Zuwiderhandlung strafverschärfend ausfällt.

In einer Stadt wie Berlin, wo es mitunter lebensgefährlich ist, den Damm zu überschreiten, hauptsächlich an großen Verkehrsstellen, trifft fast jeder Schuhmann Anordnungen nach seinem eigenen Ermessen, ob sie immer die richtigen oder überhaupt notwendig sind, wollen wir dahingestellt sein lassen. Befolgt nun ein Wagenführer nach Ansicht des Schuhmannes eine Weisung nicht oder leistet er nicht unbedingt Folge, so ist sofort Anlaß zu einer Anzeige gegeben, worauf dann gewöhnlich ein Strafbefehl in recht bedeutender Höhe folgt. Auf so einem Strafbefehl sind gewöhnlich drei und noch mehr Uebertretungen angegeben, welche sich dieser oder jener hat zu Schulden kommen lassen.

Unsere Berliner Schuhleute verstehen es vorzüglich, in dieser Beziehung das Menschennögliche zu leisten, wie aus folgendem Strafbefehl hervorgehen dürfte, den einer unserer Kollegen erhalten hat. Da heißt es, auf Antrag der Kgl. Amtsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Verletzung der Ordnung zu Berlin, Friedrichstraße, am 20. September 1908 als Führer der Droschke Nr. ... durch drei selbständige Handlungen, a) der zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe auf öffentlicher Straße an Sie ergangenen Anordnung eines Aufsichtsbekanntmachens den zerbrochenen Wagen, welcher den Verkehr hinderte, zur Seite zu ziehen, nicht unbedingt Folge geleistet zu haben, b) dem Schuhmann Fischer auf Erfordern Ihren Fahrschein zur Prüfung nicht ausgehändigt zu haben, c) einem Polizeibeamten, dem Schuhmann Fischer gegenüber, sich eines ruhigen und anständigen Benehmens nicht befleißigt zu haben, indem Sie schimpften und sich ungebührlich benahmen, Uebertretung der §§ 132 und 133 der Straßenordnung vom 31. Dezember 1899, der §§ 54^b, 55, 107 der Droschkenordnung vom 16. 2. 05 und der §§ 366^b und 78 des Strafbuchbuches. Es wird deshalb eine Geldstrafe von 25 Mark und im Fall, daß diese nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von fünf Tagen festgesetzt. Hier sind gleich zwei Verordnungen und außerdem noch das Strafgesetzbuch angezogen, und könnte man beinahe annehmen, daß der Kollege ein ganz hartgesottener Sünder sein müsse. Trotzdem liegt die Sache gar nicht so schlimm, daß es notwendig war, den Kollegen in eine Strafe von 25 Mk. zu nehmen, welche gut und gerne einen ganzen Wochenverdienst verschlingt. Wir wollen an der Hand der Darstellung des Kollegen den Vorgang schildern, welcher dazu beigetragen, daß diesem ein so gehässiges Strafmandat ins Haus flog.

Am 20. September d. J. kam der Kollege mit seiner Droschke die Friedrichstraße herabgefahren; in der Nähe der Französischen Straße fiel ihm das Pferd und wurden beide Scheerbäume hierbei zerbrochen. Wie gewöhnlich sammelten sich einige Leute an. Der Kollege nahm den Wagen beiseite, um die Scheerbäume wieder zusammenzufügen. Als er sich noch hiermit beschäftigte, kam der Schuhmann Fischer und forderte ihn auf, den Wagen nach der Französischenstraße herumzunehmen. Der Kollege antwortete ihm, daß es in der Französischenstraße noch enger wie in der Friedrichstraße sei, weil die Straßenbahn hindurchführt. Nun verlangte der Beamte den Fahrschein zu sehen; als ihm der Kollege darauf hinwies, daß er doch die Nummer am Wagen habe, meinte der Beamte, er sollte doch wissen, daß er einem Polizeibeamten unbedingt Folge zu leisten habe. Daraufhin nahm dann der Kollege den Wagen nach der Französischenstraße herum und dachte, daß die Sache damit erledigt war. Zu seinem Erstaunen kam der Beamte aber nachdem in Begleitung eines anderen und verlangte, daß der Kollege ihnen zur Wache folge; nachdem er dann dem Beamten den Fahrschein eingehändigt hatte, wurde hiervon Abstand genommen. Damit hätte unsere Grachtens die Sache erledigt sein können; aber auch hier kann man sagen:

„Kleine Ursachen, große Wirkungen.“ Beweis: Strafbefehl in Höhe von 25 Mk.

Ob die ganze Aktion des Beamten notwendig war, darüber kann man geleiteter Meinung sein. Man muß sich aber hier einmal in die Lage des Kollegen hineinversetzen, denn es ereignete sich schon einmal keine Freude macht, wenn ihm das Pferd vom Wagen fällt und noch viel weniger erfreut ist, wenn dabei die Scheerbäume zerbrechen. Wenn sich nun ihm der Gedanke aufdrängt, daß in der Friedrichstraße mehr Platz als wie in der Französischenstraße ist, so kann man dies nicht von der Hand weisen. Wozu er nun noch den Fahrschein vorzeigen sollte, konnte ihm ebenso unerklärlich sein, da die Wagennummer sonst bei viel schlimmeren Uebertretungen vollständig genügt. Hätte der Beamte sich dies alles vor Augen gehalten, dann mußte sich ihm, oder konnte sich ihm die Ueberzeugung aufdrängen, daß es eigentlich nicht notwendig war, den schon durch den Unfall verärgerten Mann noch zur Anzeige zu bringen, da er doch seinen Anordnungen immerhin nachgekommen war. In dieser Beziehung sollten die Beamten nicht so rigoros vorgehen, sie sollten bei allen solchen Affären etwas mehr menschliches Empfinden walten lassen und nicht bloß den Polizeibeamten herbeiführen. Dies würde unter Umständen ganz andere Wirkungen auslösen. Dieser Vorfall zeigt unseren Kollegen, was ihnen bevorsteht, im Falle ihnen ähnliches passieren sollte. Wir haben ja kürzlich erst darauf hingewiesen, sich deshalb strikte nach den polizeilichen Anordnungen zu richten und ebenso die gegebenen Vorschriften nicht unbeachtet zu lassen, was dabei herauskommt, wenn dem zuwidergehandelt wird, beweist der von uns hier geschilderte Vorfall. Zur weiteren Charakteristik wollen wir noch bemerken, daß kürzlich ein anderer Kollege eine Strafbewertung in Höhe von 15 Mk. erhielt, weil er nachts um 1/2 Uhr in der Grünländerstraße nicht genügend rechts gefahren war. Hierbei muß man sich vergegenwärtigen, daß um diese Zeit in der Grünländerstraße kaum eine Kutsche umherbraucht, vielweniger sich dort Menschen oder Fuhrwerk befinden, welche vielleicht hätten behindert sein können. Wir könnten hier noch massenhaft ähnliche Fälle anführen, wo Droschkenführer mit ebenso hohen oder noch höheren Strafen bestraft worden sind, trotzdem — man möchte beinahe sagen — es nicht wert war, hierüber ein Wort zu verlieren. Für das schroffe Vorgehen der Polizeibeamten kann man nur die schon von uns angeführten Anordnungen des Polizeipräsidenten ins Feld führen; ob sie aber in der Tat in dem Sinne ausgeführt werden sollten, wie es hier vielfach von den Unterbeamten geschieht, ist doch beinahe nicht gut anzunehmen.

Am Dienstag, den 26. v. Mts., wurde eine Droschke 1. Klasse vom Anhalter Bahnhof nach Charlottenburg, Bismarckstraße 114 benutzt. Aus Versehen ist bei dem Herausnehmen des Gepäcks die Wagenbedeckung herausgenommen worden. Dasselbe kam bei Hedert, Charlottenburg, Bismarckstr. 114, 4 Tr., abgeholt werden.

Die Kollegen machen ihr hiermit auf den § 83 der Droschkenordnung für den Ortspolizeibezirk Berlin besonders aufmerksam. Es heißt dort in einem Passus: „Personen, welche mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind, sowie Leichen dürfen mit Droschken nicht befördert werden.“ Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat kürzlich in einem Erlaß von neuem darauf hingewiesen, und auf die Befolgung desselben, aufmerksam gemacht. Bei Zuwiderhandlungen sind empfindliche Strafen festgesetzt. Unseren Kollegen passiert es nun mehrfach, daß sie engagiert werden, irgend eine Person nach dem Krankenhaus zu fahren, gewöhnlich mit dem Hinweis, daß der Transport des Kranken mit Droschke vom Arzt genehmigt sei. Unter Bezug hierauf, können wir unseren Kollegen nur raten, bei derartigen Fahrten sich stets das Attest des Arztes, daß die Beförderung des Kranken mit Droschke geschehen kann, vorlegen zu lassen, damit sie keine Nachschläge haben; denn es ist schon mehrmals vorgekommen, daß Kollegen dies nicht beachtet haben. Kommen sie nun mit dem Kranken zum Krankenhaus und der Kranke leidet an einer ansteckenden Krankheit, so wird die Nummer der Droschke notiert und Anzeige beim Kommissariat für öffentliches Fuhrwesen erstattet. Nicht allein, daß dann eine Bestrafung erfolgt, muß der Wagen auch noch nach der Desinfektionsanstalt, um ausgeräuchert zu werden, was immerhin Zeitverräumnis in Anspruch nimmt. Aufgabe der Kollegen wird es sein, in dieser Beziehung die nötige Vorsicht walten zu lassen, um Bestrafungen und Zeitverräumnissen aus dem Wege zu gehen.

Unsere Kollegen müssen wir immer wieder darauf hinweisen, sich strikte an die Befolgung der Straßenordnung zu halten. Es mehren sich die Anzeigen, wo Kollegen bestraft werden, weil sie an Straßenbahnhaltstellen im Trabe vorbeigefahren sind und dadurch das ein- und ankommende Publikum gefährdet haben, ebenso wegen nicht genügend Rechtsfahrens oder wegen zu kurzem Bogen beim Einbiegen von einer Straße in die andere. Es sind sogar Anzeigen darunter, wo Kollegen notiert wurden, weil sie nachts in einer menschenleeren Straße nicht genügend rechts gefahren sind. Es ist also allenhalben die größte Vorsicht geboten, um sich nicht strafbar zu machen.

Wiesbaden. (Gewerbegericht.) Einen recht bösen Reinfall erlebte der Antiker Bösch, der bei dem Droschkenhalter Stroch in Stellung war. Seit einem Jahre schon fuhr er dem Unternehmer, ohne jemals richtig ausbezahlt worden zu sein, obwohl beim Antritt 25 Mk. Monatslohn nebst freier Station und Trinkgelder vereinbart waren. Die Summe, die Stroch dem armen Teufel schulde, belief sich schließlich auf über 100 Mk., so daß dem Kutscher schließlich der Ge-

dußtsaden riß und er kündigte. Bei seinem Austritt zahlte ihm Stroch noch 45 Mk. und erklärte, daß andere habe Bösch schon, er habe durch Feststellung des Taxameters beim Abrechnen betrogen. Der Mann war sich seiner Schuld bewußt, er klagte und erklärte vor Gericht, es sei ihm im Anfang seiner Taxameterlaufbahn wohl vorgekommen, daß er das Uhrwerk falsch gerichtet hatte, weil er damit nicht recht Bescheid wußte, später aber nie mehr; im übrigen sei es doch sonderbar, daß Stroch jetzt mit einer solchen Beschuldigung komme, wo er doch Jahr und Tag schon bei ihm beschäftigt sei. Ein von Stroch vorgeführter Zeuge bestritt zwar, daß er einmal gesehen habe, wie der Taxameter falsch stand, ob das aber aus Unwissenheit oder Berechnung geschehen war, konnte er nicht bejahen. Der hilflose Kläger kann seine Sache nicht geschickt vertreten. Der Vorsitzende hat ihm rasch erklärt, seine Sache sei aussichtslos, er lasse sie am besten ruhen. Der Mann geht verwirrt ab in der Meinung, der Zeuge solle später eidlich vernommen werden, muß aber zu seinem Schrecken erfahren, daß er ja seine Klage zurückgenommen habe. Es muß ein für allemal festgestellt werden, daß manche Klage nicht mit der nötigen Gründlichkeit behandelt wird. Der Vorsitzende mag wohl der Meinung sein, daß er das Beste der Kläger im Auge habe und daß er langatmige unnütze Erklärungen abkürzen müsse. Er rechnet aber nicht mit der Unbesonnenheit mancher Kläger und mit der Verschlagenheit mancher Beklagten, und so kommt mancher Arbeiter um seine sauer verdienten Groschen.

Handelsschlichter.

Berlin. Ueber die Wirkung des Nachuhr-Ladenschlusses schreibt das Tagesorgan der Kommerzlenräte, die „Bosliche Btg.“:

„Die ersten acht Tage im Zeichen des Nachuhr-Ladenschlusses haben, wie wir durch Umfrage in größeren und kleineren Spezialgeschäften verschiedener Branchen festgestellt, den von vielen Seiten beäugelten Rückgang der Einnahmen nicht gebracht. Unter Berücksichtigung der Tageslosungen in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres und der seit einigen Monaten wenig günstigen Geschäftslage hat sich ergeben, daß auch in den Außenstadtteilen die Geschäfte keinen Einbruch erlitten haben. Erhebliche Mindereinnahmen werden durch den Nachuhr-Ladenschluß nur die Gas- und Elektrizitätswerke aufzuweisen haben. Der Minderverbrauch an Gas ist sehr bedeutend, und in ähnlicher Weise ist der Bedarf an elektrischem Strom zurückgegangen.“

Es wird gut sein, wenn sich die Kollegen draußen, die noch um Einführung des Nachuhrschlusses kämpfen, diese Aeußerung aufheben.

Berlin. Durch eine Annonce in der „Bos. Btg.“ vom 7. November, suchte die Buchhandlung von Speyer u. Peters, Unter den Linden 34, einen Hausdiener. Zwei Kollegen vom Arbeitsnachweis meldeten sich daraufhin im Bureau der genannten Firma, gaben ihre Papiere ab und — warteten. Kommt ein Herr im Zylinder und stellt sich ebenfalls als Hausdiener vor. Nachdem die Zwei von oben bis unten genügend gemustert und eine gute halbe Stunde gewartet haben, wurden sie verabschiedet mit den trostlichen Worten: „Ich danke schön!“ Die beiden bedankten sich auch und entfernten sich, nur der Hausdiener im Zylinder blieb da. Was der Herr eigentlich sonst repräsentiert, blieb unbekannt. Auf jeden Fall war es aber ein „feiner“ Hausdiener. Lehreich ist dieser Fall insoweit, daß, wie ein Streikposten nur im Frack und Zylinder ein Recht auf Streikposten stehen noch hat, auch ein Hausdiener in demselben Gewande Aussicht auf Befähigung haben kann, wenn nicht noch, infolge des Ueberschusses an Arbeitskräften statt der gewöhnlichen Zeugnisse, Zeugnisse über Qualifikation zum Einjährig-Freiwilligendienst, oder gar „Mitter“ von — hohen Orden beborzogen werden sollten. Was auf politischem Gebiete für eine Gattung von Parlamentariern zur Selbstverständlichkeit geworden ist, kann auch in gewerblicher Hinsicht leicht möglich und modern werden und dem Hausdienerstande tut es wirklich not, daß sein Ansehen mehr gehoben wird. Die politischen und sozialen Verhältnisse der letzten Zeit scheinen ja dennoch eine gewisse Garantie dafür zu bieten. Orden, zum mindesten aber Zivilversorgungsscheine, ergeben „langjährige“ Zeugnisse. Hinwiederum scheinen „erstklassige“ Warenhäuser auch an Verirrungen zu leiden. So hat z. B. die Firma Hermann Tietz in der Frankfurter Allee „große Meinungen“ nach Eröffnung des Erweiterungsbaues abgehalten und alle Diener, die über 25 Mk. Wochenlohn hatten und sich dadurch „mischelig“ gemacht haben, ob verheiratet oder nicht, so fern diese Kräfte entbehrlich waren, entlassen und die freigewordenen Stellen mit jungen Leuten besetzt, die billiger sind. Freigewerkschaftlich organisierte werden ganz selbstverständlich schon nicht geduldet, abgesehen von der freigewerkschaftlich organisierten Kundschaft, von welcher im Osten dieses Warenhaus existiert. Aber Geld stinkt nun einmal nicht und so fragt man denn auch nicht, wer es bringt. Selbst der Nachuhr-Ladenschluß bietet kein großes Hindernis. Das Geschäftshaus wird zwar um 8 Uhr geschlossen, aber der letzte Kunde muß trotzdem bedient werden. So ist denn auch von der Firma weislich angeordnet, daß die Verkäuferinnen „etagenweise“ zu festgesetzten Zeiten das Warenhaus verlassen, die letzte Gruppe erst kurz vor 8 1/2 Uhr. Auch die Diener „dürfen“ morgens eine Viertelstunde früher antreten. Um 7 1/2 Uhr ist der „Appell“. So versteht man der von Gott eingesetzten Obrigkeit die gebührende Achtung zu verschaffen, zum Segen des Geldsacks. Daß die Firma Tietz eine Organisation fürchtet, ist leicht begreiflich; aber der organisierten Arbeiterschaft dürfte das nicht ganz gleich-

gütlich sein. Ebenso wie man gegen die Arbeiterkundschaft nobel sein kann und den Glanz der Firma Lieb 1000 Stocklampen beleuchten sollten, welche auf der Straße und im Geschäft bei und nach der Eröffnung des erweiterten Warenhauses verschenkt wurden, kann man auch gegen die Angestellten etwas nobler sein. Aber das können diese nur durch eine feste Organisation erreichen. Darum sollte sich jeder Kollege organisieren und trotz Anbelegung seines Koalitionsrechts seine geistige Ueberlegenheit dem Kapitalismus gegenüber zeigen und nicht etwa denken, wenn er Arbeit hat, nützt ihm die Organisation nichts und er sich dadurch unentbehrlich machen kann. Früher oder später ereilt auch ihn das Schicksal sowieso, auch wenn er sich für die Profitjäger täglich im Schweisse badet; denn Menschlichkeit, die ist dem Kapitalismus fremd.

Transportarbeiter.

Gelbe Anbettelei. Die Berliner Expeditionsfirmen erhielten kürzlich folgendes Schreiben zugesandt:
„Deutscher Handwerker-Schutzverband.“

Berlin, 23. 10. 08.

In Anbetracht des Ihnen seinerzeit durch die Bodenarbeiter und Kollkuischer angebotenen Streiks haben wir es unternommen, einen Verein ins Leben zu rufen, welcher sich zum Ziel gesetzt hat, Leute, welche sich nicht zur sozialdemokratischen Partei bekennen, und mit Ihren Arbeitgebern in Ruhe und Frieden leben wollen, zusammen zu finden.

Wir sind jetzt in der Lage, Ihnen, da sich mehrere Leute in unserem Verein haben aufnehmen lassen, jederzeit passende Arbeiter zur Verfügung zu stellen, und bitten Sie, sich zu diesem Zweck unsern Arbeitsnachweis, Mantelfelderstr. Nr. 4, welchen wir Ihnen kostenlos für beide Teile zur Verfügung stellen, zu bedienen. Gern sind wir bereit, jeden Ihrer Wünsche Rechnung zu tragen und bitten Sie, dieselben unseren Vertreter Oberländer, welcher Sie zu diesem Zweck besuchen wird, mitteilen zu wollen. Indem wir Sie bitten, nicht achlos an unsern Verein vorüberzugehen, zeichnen wir mit Ausdrud großer Hochachtung

Deutscher Handwerker-Schutzverband.
Der erste Vorsitz., Abt. Bodenarbeiter u. Kollkuischer
G. Meineke.“

Selbstverständlich verfügen die Gelben nur über branchenkundige Kollkuischer und Expeditionsarbeiter, die im Deutschen Transportarbeiter-Verbande ihrer Qualitäten wegen entweder keine Aufnahme finden, oder aus diesem hinausgebeiert wurden. Ob die Herren Expediteure diesen Leuten besondere Vorliebe entgegenbringen, möchten wir fast bezweifeln.

Die beiden in dem Schreiben bezeichneten Hauptlinge der Gelben, der Herr Meineke ist seines Zeichens Arbeitsvermittler der Tischlermeister, und der Herr Oberländer, der so gerne durch persönliche Rücksprache mit den Expediteuren, die organisierten Kollkuischer und Expeditionsarbeiter aus Lohn und Brot bringen möchte, ist Zigarrenhändler am Mahlagufer 44. Die Kollegen werden sich vor diesen Herren vorsehen müssen.

Die nimmerfattten Gewerkschaften. Das Unternehmernorgan der Kohlenhändler, die „Kohlenzeitung“, wütet in Nr. 45 in einer Notiz gegen den Beschluß, den die Kohlenarbeiter und Geschirrführer Leipzigs in einer Versammlung gefaßt, der die Organisationsleitung des Transportarbeiterverbandes beauftragt, die Inhaber der Leipziger Kohlenhandlungen auf die miltlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter hinzuweisen, sowie sie zu erforschen, die Mißstände zu beseitigen und ihre Kalkulationen und Dispositionen so zu treffen, daß sie in der Lage seien, im Jahre 1909 ihrem Personal nicht nur den Zehntelundentag, sondern auch eine Lohnerhöhung von mindestens 10 pCt. gewähren zu können. Diese Minimalforderungen und das weitgehende Entgegenkommen zu deren Durchführung hat nun das Unternehmernblatt in einen Zustand versetzt, der mit dem eines Stieres, dem ein rotes Tuch vorgehalten wird, verulehelt gleich ist. Sie schreibt:

„Das paßt ausgezeichnet zu den Mißgängen der Kohlenpreise und zu den verlustreichen Geschäften im Kohlenhandel angefaßt der rückhängigen Konjunktur. Hoffentlich bleiben die Leipziger Kohlenfirmen fest und weisen die Forderungen der nimmerfattten Gewerkschaftsführer in die gehörigen Schranken.“

Dieser Wuttschrei paßt vortrefflich zu der Tatsache, daß es wenige Geschäftszweige gibt mit einer solchen Monopopolpreisstellung den Konsumenten gegenüber wie den Kohlenhandel. Dabei will es noch das wenigste sagen, daß das Blatt aus den Forderungen der Arbeiter eine solche der „nimmerfattten“ Gewerkschaftsführer macht. Man kann sich die Abfassung dieser arbeiterfeindlichen Notiz der „Kohlenzeitung“ nur erklären, daß sie vom Verfasser auf dem Karussell geschrieben worden ist, sonst könnte er die Tatsachen unmöglich so auf den Kopf stellen.

Wenthen (D.-S.). Wie leicht Kollegen um eine ihnen zustehende Rente kommen können, zeigen folgende Fälle. Ein Kollege, der in Wobret beschäftigt ist, verunglückte dadurch, daß er aus einer Höhe von zirka 4 Metern herunterfiel, hierbei auf ein Stück Eisen schlug und dadurch den Arm brach. Er meldete sich sofort im Lazaret, wurde dort aber nicht von einem Arzte, sondern von dem Verwalter sechs Wochen lang behandelt. Nachdem der Kollege als gesund entlassen war, kam er zum Verbande. Es ergab sich nun, daß der Unfall gar nicht gemeldet war, ja daß er offensichtlich verurteilt werden sollte. Es wurden nun sofort die nötigen Angaben an die Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft gemacht, schon nach drei

Tagen erfolgte die polizeiliche Vernehmung und die ärztliche Untersuchung. Diese ergab eine Mindererwerbsfähigkeit von 20 pCt. Schon nach drei Wochen wurde seitens der Berufsgenossenschaft unserem Kollegen mitgeteilt, daß ihm eine Rente von 14,75 Mt. monatlich zubilligt sei.

Ein ähnlicher Fall trug sich in Gleiwitz zu. Ein Kollege, der auf der Bahn beschäftigt ist, verunglückte dadurch, daß er beim Einladen in den Waggon ausglitt und zwischen einem Waggon und einem Handwagen geriet und sich hierbei eine Brustquetschung zuzog. Nachdem der Kollege schon elf Wochen krank war und aus der Behandlung entlassen werden sollte, hatte eine polizeiliche Vernehmung noch nicht stattgefunden. Auf wiederholtes Anfragen wurde ihm wohl wiederholt versichert, daß der Unfall gemeldet sei, und hätte sich der Kollege darauf verlassen, so wäre er sicherlich um seine Rente gekommen. Seitens des Verbandes wurde sofort der Lagereiberggenossenschaft der Unfall gemeldet und fanden auch bald die polizeilichen Vernehmungen statt: Das ärztliche Gutachten lautete: 15 pCt. Mindererwerbsfähigkeit. Eine Rente ist auch diesem Kollegen zugesprochen worden; jedoch erschien uns die Feststellung des Jahresarbeitsverdienstes zu gering und haben wir gegen diese Einpruch erhoben. — Die Kollegen müssen also unter allen Umständen, wenn sie einen Unfall erleiden, und sie polizeilich nicht benommen werden, diesen sofort melden, damit sie in den Genuß der Rente kommen, oder der eventl. später zu erhebenden Ansprüche nicht verlustig gehen. Im übrigen sehen die Kollegen, daß der Verband in jeder Weise für sie eintritt und sollten sie dafür sorgen, daß auch der letzte Kollege dem Verbande zugeführt wird.

Bremen. Und abermals ein prägelustiger Unternehmer! Erst vor kurzem machten wir in der „Bremer Bürgerzeitg.“ bekannt, daß sich der Sohn des Fuhrunternehmers Hoffmann erdreistete hatte, einen unserer Kollegen zu verprügeln. Durch diese öffentliche Kritik glaubten wir selbstverständlich, daß sich andere prägelustige Unternehmer in Zukunft ein bißchen in Acht nehmen würden. Doch bei dem Fuhrunternehmer Heinrich Lüßen, Wielandstr., scheint letzteres nicht der Fall zu sein. Dieser riskierte, einen seiner Fuhrleute zu verprügeln. Es ist ihm dieses ja nicht so gelungen, wie er es vielleicht vor hatte, da unser Kollege diesem Prügelhelden angewachsen war. Aber immerhin, wie kommt ein Unternehmer dazu, sich an seinem Arbeiter tästlich zu vergreifen? Oder glauben diese Herren Fuhrunternehmer sich im Mittelalter? Ja, die gute alte Zeit, wo noch der Fuhrmann der Knecht, der Leibeigene des Unternehmers war, das war doch eine schöne Zeit! Da konnte man den Fuhrmann ausnützen für wenig Lohn, von früh bis spät und dann, wenn's hoch kam, noch Prügel obendrein. Aber das war einmal. Heutzutage sind die Fuhrleute, dank ihrer mächtigen Organisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, denn doch etwas kultivierter und einsichtsvoller. Nicht als Knecht lassen sie sich mehr verprügeln, sondern sie verlangen eine anständige, menschenwürdige Behandlung. Kollegen! Es ist so ziemlich ein Jahr verstrichen, daß wir uns unsere Sektion hier am Drie geschaffen haben, um eine bessere Agitation unter unseren Berufscollegen zu entfalten und um den Geist der Brüderlichkeit und der Zusammengehörigkeit in die Herzen unserer Kollegen zu pflanzen. Diese unsere Hoffnungen sind uns, dank der Mitarbeit der Gesamtcollegenchaft zum großen Teile in Erfüllung gelangten. Wir können getrost sagen, die Gründung unserer Sektion war der Grundstein in dem großen Aufstärungswerk der Fuhrleute und Kuischer Bremens. Leider stehen uns trotzdem noch viele indifferente Kollegen gegenüber, und das sind besonders die Geschäftsführer. Hier muß unbedingt Breche geschlagen werden; sind doch die Arbeits- und Lohnverhältnisse gerade bei dieser Gruppe am miserabelsten. Lange Arbeitszeit, zum großen Teil Kost und Logis beim Unternehmer und wenig Lohn, das sind so die Leiden der Geschäftsführer. Kollegen, sehen wir alle Hebel in Bewegung, unser ganzes Können, unsere ganze Kraft muß darauf gerichtet sein, alles, was Fuhrmann oder Kuischer ist, für die Organisation zu gewinnen. Es wird uns dann ein leichtes sein, alle Widerwärtigkeiten in unserem Berufe zu beseitigen. Es ist dann nicht mehr möglich, daß noch Fälle, wie oben angeführt, vorkommen. Darum auf Kollegen, an die Arbeit. Agitiert und organisiert, dem Unternehmernum zum Troß und Euch allen zu Ruh.

Unsere regelmäßigen Sektionsversammlungen finden jeden ersten Dienstaag im Monat, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause statt.

Cannstatt. Eine auf Sonntag, den 1. November einberufene Versammlung konnte aus verschiedenen Gründen nicht abgehalten werden. Der hauptsächlichste Grund war der, daß die Kollegen so außerordentlich spät im Versammlungslotal eintrafen und ein erheblicher Teil bald wieder zum Filttern weg mußte. Verschiedene sagten sich, was soll ich sobald in der Versammlung tun, es ist ja heute doch wieder niemand da, wie schon so oft. Es war jedoch eine so stattliche Zahl erschienen, wie wir es in Cannstatt in diesem Jahre noch nicht erlebt hatten. Trotzdem die Versammlung nicht abgehalten wurde, waren alle schlicht erfreut über die Zahl derjenigen, die sich eingefunden hatten, ganz besonders aber unter Cannstatter Vertrauensmann, der sich alle nur erdenkliche Mühe gibt, die Organisation hochzubringen. Wollen wir hoffen, daß es gelingt, in der nächsten Zeit in Cannstatt mehr vorwärts zu kommen, als es seither der Fall war. Dies wird möglich sein, wenn die Kollegen die Versammlungen fleißiger besuchen und vor allen Dingen dann aber auch rechtzeitig erscheinen; denn die Ausprächen, die wir zu führen haben, sind so notwendig, wie Brot; und in Cannstatt sind es eine ganze Reihe von Dingen, die besprochen gehören, damit es möglich

wird, daß in der Presse usw. auf die Abschaffung der Mißstände hingewirkt werden kann. Also, nochmals Kollegen, erscheint zahlreich und rechtzeitig in den Versammlungen. Sie sind der beste Weg, uns innerlich zu kräftigen, damit wir nach außen als geschlossenes Ganzes dastehen.

Krefeld. Aufgehobenes Urteil. Die hiesige Strafkammer sprach als Berufungsinstanz zwei Fuhrleute frei, welche vom Schöffengericht wegen Mißhandlung zu je einem Monat Gefängnis verurteilt worden waren. Der Vorsitzende des Schöffengerichts war der Amtsrichter Dr. Pauen, dem nicht das erste mal passiert, daß seine Urteile in der Berufungsinstanz kassiert werden. So erging es ihm in verschiedenen Prozessen, die bei Gelegenheit des Streiks in der Schuhfabrik von Hermies stattfanden, ein damals gefälltes Urteil wurde bekanntlich vom Arbeiterssekretär, Genosse Weiner, in sehr satirischer Weise in der Berufungsschrift glossiert.

In dem Falle, den wir jetzt anführen, handelte es sich um eine Klempelei zwischen Fuhrleuten. Ein Fuhrmann Paul Fischer hatte sich im Mai d. J., als die Transportarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten waren, bei den Unternehmern lieb kind durch Arbeitswilligendienst gemacht. Daß er sich durch sein Benehmen keine Sympathien bei seinen Kollegen erwarb, ist wohl selbstverständlich. So geriet auch ein Fuhrknecht A. mit ihm einmal auf der Abstellstelle des Bahnhofes zusammen; bemerkten wollen wir, daß dieses Vorkommnis aber mehrere Wochen nach der Lohnbewegung stattfand. Die beiden kamen nach einer kurzen Auseinandersetzung ins Ringen und soll Fischer eine Tracht Prügel erhalten haben. Bei diesem Intermezzo waren noch zwei Fuhrleute zugegen, welche sich zuerst passiv verhielten und auch andere Anwesende aufforderten, sich nicht einzumischen. Als die Klemerei aber nicht nachließ, riß einer der Fuhrleute die Streitenden auseinander und für diesen Akt der Nächste liebe wurde er mit in Anklagezustand versetzt. Der ehemalige Arbeitswillige behauptete nämlich, der Friedensstifter habe ihn so unsanft angefaßt, daß er gegen einen Wagen geflogen sei und sich Kopf, Arme und Beine verletzete. Der zweite der Fuhrleute soll dem Angeklagten eine Schaufel Kohlenstaub zwischen Hals und Stragen gesandt haben.

Dr. Pauen und seine beiden Schöffen fanden sofort, daß die Fuhrleute aus Haß gegen den Arbeitswilligen diesen so zugerichtet und verurteilten jeden der Uebeltäter zu einem Monat Gefängnis. § 153 der Gewerbeordnung konnte nicht angewandt werden, weil die Lohnbewegung beendet war, als der Vorfall stattfand, aber man wußte sich auch anders zu helfen.

A. beruhigte sich bei dem Urteil, nicht so seine beiden Kollegen, sie meldeben Berufung an und führte der erstere in seiner Rechtsfertigungsschrift, nachdem er klargelegt, daß eine Klempelei zwischen Fuhrleuten nicht so ernst genommen würde, folgendes aus:

„... Erst als ich sah, daß es eventl. blutige Köpfe setzen konnte, als Fischer auf dem Adams lag, habe ich den Fischer von dem Adams weggehoben.“

Da Fischer sich nun in die Mut eines Nasenden Hneingearbeitet hatte, war das so leicht nicht möglich und mußte ich allerdings etwas kräftig aufpassen.

Unter gemöhnlichen Verhältnissen wird so ein kleines Intermezzo nicht tragisch genommen und bei einem Schnaps oder einem Glase Bier wieder Verwöhnung getrunken.

Wenn nicht Fischer das besondere Ehrgefühl eines Arbeitswilligen gehabt hätte, würde das Gericht zur Sühne des Vorfalls gar nicht in Anspruch genommen.“

Der zweite Verurteilte kam in seiner Berufungsschrift zu folgenden Ausführungen:

„Wenn nun dem Fischer Kohlenstaub ins Gesicht geflogen sein soll, als ich beim Beladen meiner Karre beschäftigt war, so ist das ein Vorkommnis, was sehr oft passiert. Sobald man die mit Kohlenstaub gefüllte Schaufel anhebt und nur ein wenig an den Aufstärbreitern des Wagens oder an dem Waggon der Eisenbahn anstößt, fällt Kohlenstaub herab.“

Wohin derselbe dann fällt, ist gemöhnlich Sache des Windes, des Zufalls. Selbst für den Fall, daß ich einen der beiden Streitenden hätte mit Kohlenstaub werfen wollen, so war es doch sehr ungewiß, ob ich, wenn ich den Fischer treffen wollte, nicht den Adams verletzete. Der Vorfall, daß dem Fischer der Kohlenstaub ins Gesicht flog, ereignete sich übrigens, ehe die beiden Streit hatten und als noch gar nicht vorzuzusehen war, daß dieselben Streit bekommen würden.“

Es wird in dem Urteil angenommen, daß ich auf den Fischer ärgerlich gewesen sei, weil er sich nicht am vorherigen Streit beteiligt hat.

Nun habe ich den Fischer aber vorher gar nicht gekannt und erst nach dem unter Anklage stehenden Vorfall erfahren, daß er einer von denen ist, die die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur mit genießen, nicht aber mit dafür einstehen wollen. Daß ich eine besonders hohe Achtung vor ihm nunmehr noch hätte, kann ich allerdings nicht sagen, das hat aber damals mein Verhalten ihm gegenüber nicht beeinflussen können.“

Die Strafkammer erkannte die Gründe als durchschlagend und die Ausführungen als logisch an und sprach die beiden frei. Wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn bei dem schöffengerichtlichen Urteil Arbeiter mitgewirkt hätten, daselbe ganz anders ausgefallen wäre. Die Schöffen welche aus anderen Klassen genommen werden, können sich aber in den Gedankenang eines Arbeiters gar nicht hineinfinden. Deshalb solche Urteile, die nachher noch vom Berufsrichter aufgehoben werden müssen.

Es sind jetzt, wie die „Niederrheinische Volkszeitg.“ meldet, zum erstenmal sechs Arbeiter als Geschworene und Schöffen bestimmt worden. Und zwar aus der vom christlichen Gewerkschaftsartikel eingereichten Vorschlagsliste.

Vom Kartell der freien Gewerkschaften war im Januar dieses Jahres schon eine Vorschlagsliste, mit 20 Namen versehen, eingereicht, doch durch einen Irrtum nicht weiter befördert worden. Es werden vorläufig also nur christliche Vertrauensmänner zu dem Amt eines Richters berufen und kann man auf deren Tätigkeit neugierig sein. Bis jetzt haben wir noch nicht gehört, daß von den Kandidaten der Christlichen gegen Urteile, wie wir sie oben wiedergegeben, Refus angemeldet oder Protest erhoben wurde. Dieses ist wahrlich kein Beweis für die gute Qualifikation der christlichen Vertrauensmänner als Richter, zu einem solchen Amt gehört ein Rückgrat und zwar ein sehr festes.

Abwarten wollen wir, ob bei der nächsten Ausforschung der Schiffe und Geschworenen die Vorschlagsliste der freien Gewerkschaften, die dann bestimmt vorliegt, berücksichtigt wird.

M. Gladbach. Zu denjenigen Unternehmern, welche sich nach allen Regeln der Kunst an der Unterhaltung des geltenden Lohns tarifierten, gehört die Firma Peter Lingen. Diese Jungen behaupten nun, daß der eigentliche Friedensstörer nicht der Unternehmer B. Lingen, sondern sein kapitalistischer Unteroffizier Herr Friedrich Hermes ist. Daß diese Ansicht wenigstens zur Zeit zureichend ist, geht aus folgendem hervor: Seitens unserer Ortsverwaltung war eine Betriebsbesprechung für diese tarifrückige Firma einberufen, um Stellung zu nehmen zu diesem Tarifbruch. Herrn F. Hermes muß das böse Gewissen gepeinigt haben, denn er veruchte auf den Vortritt einzuwirken, um das Lokal nicht zur Verfügung zu stellen, da er sich strafbar machen würde. Es fand sich auch ein Polizeibeamter ein, der Erkundigungen einzog, ob eine öffentliche Versammlung stattfindet. Also hatte Herr Hermes nichts eiligeres zu tun, als zur Polizeibehörde zu laufen und den Denunzianten zu spielen. Herr Hermes sowohl als die Polizeibehörde scheinen von der Existenz des neuen Vereinsgesetzes keine Ahnung zu haben, denn sonst müßten doch beide wissen, daß auch öffentliche Gewerkschaftsversammlungen nicht mehr anmeldepflichtig sind. Herrn Hermes wollen wir noch entschuldigen, denn er hat vollauf zu tun, seine Untergebenen zu kontrollieren, da bleibt keine Zeit übrig, sich Gesetzeskenntnisse anzueignen. Die Behörde aber müßte wissen, daß Betriebsbesprechungen nicht zu überwachen sind und auch unter dem alten Gesetz nicht waren. Wir würden uns die Anwesenheit eines Abgesandten der Behörde ebenso höflich als entschieden verbeiden haben. Herr Hermes hätte sich schon selbst unter's Fenster stellen müssen, um etwas gewahr zu werden; angenehm hätte es ihm nicht in die Ohren geklungen.

Oeffentliche

und Mitglieder-Versammlungen.

Frankfurt a. M. Die Einführung der Fahr- und Fachschule beschäftigte eine Versammlung der im Transportarbeiterverbande organisierten Fuhrleute. Eng damit zusammen hängt die Unfallhäufigkeit in den Fuhrbetrieben, über welche der "Courier" bereits am 27. September in einer längeren Zuschrift berichtet hat. Der Gauleiter bemerkte als Referent, daß die Fahr- und Fachschule nach dem Ergebnis der vom Verband seit drei Jahren ausgenommenen Statistik kommen mußte. Es muß dahin kommen, daß jeder, der auf der Straße fahren will, auch des Fahrens kundig und im Besitz eines Ausweises (Fahrcheines) ist. Ferner berichtet eingehend über das Ergebnis der Statistik. Es wird eine Aufgabe der Fachschule werden noch zuverlässigeres Material zu sammeln. Im Interesse des Publikums liegt es, daß alle Fuhrzeuglenker, ob sie nun mit tierischer oder Motorkraft arbeiten, ausgebildet werden. Es liegt sehr im Interesse der Oeffentlichkeit, daß die Unfallverhütungsvorschriften eingehalten, keine bissigen und mit anderen Untugenden behafteten Pferde verwendet werden, ferner müssen die Bremsvorrichtungen nach den Unfallverhütungsvorschriften am Radscheriff angebracht sein, und nicht, wie das heute meistens noch der Fall ist, am Hinterrad oder gar zwischen Vorder- und Hinterrad. Die Ausweise müssen mit Seiten- und Rückenlehnen versehen sein. Ueberall, wo diese Einrichtungen fehlen, also die Unfallverhütungsvorschriften nicht eingehalten werden, müsse Anzeige erstattet werden. Dagegen besteht aber wie gesagt eine Reihe Mängel, die durch die mangelnde Ausbildung der Fahrer herbeigeführt werden. Auch die Behandlung der Zugtiere, die bei Stattdes auf Auphalt umfallen, läßt oft erkennen, daß der Fahrer auch nicht die richtigen praktischen Kenntnisse hat. Dringend notwendig ist es, daß an etwa zehn Stellen der Stadt Pferde-schule niedergelegt werden. An der Statistik ist noch besonders hervorzuheben, daß auf das Konto des Alkohols, dem man auch im Fuhrbetrieb viel in die Schuhe schiebt, nur ein Unfall in drei Jahren kommt. — Zur Fahr- und Fachschule bemerkt Ferner, daß sie unter einer sachmännisch-paritätischen Kommission zusammengesetzt sein, und Unterricht in Pferdekunde, Pferdebehandlung vorwiegend und nach der Arbeitszeit unter Leitung eines Tierarztes geben muß. Das Lehrpersonal muß aus Berufsangehörigen und zwar aus Arbeiter- und Unternehmerkreisen gebildet werden. Nur in diesem Institut ausgebildete Personen dürfen zum Fahrdienst verwendet werden. Diejenigen, welche bei Infrastrukturen der Schule bereits ein Jahr praktisch tätig waren, sind von der Prüfung entbunden. Unter dem Vorst. von General von Wardeleben, Rthm., Seligmann, Goll, Stadtrat Kölle und andere hat sich nun hier ein beratendes Institut gebildet. Der Transportarbeiterverband hat im Interesse seiner Mitglieder das Bestreben, sich an diesem Institut zu beteiligen, da ja

der Verband eigentlich der Vater desselben ist. Der Großstadverkehr entwickelt sich immer mehr, und damit steigt die Verantwortung des Fuhrzeuglenkers. Es liegt im Interesse der Transportarbeiter, für die Ausbildung zu sorgen. Eine wichtige Aufgabe wird es noch sein, die Ortspolizeivorschriften für das Fuhr-gewerbe zu revidieren. So sieht z. B. in den Vorschriften: Wenn der Fuhrmann um die Ecke fährt, muß er knallen, auf einer anderen Seite nicht wieder: Wer knallt, wird bestraft. Ferner die Vorschriften bei Ladungen, welche (wie z. B. Eisenträger) Lärm machen; dabei ist der Fuhrmann gar nicht der, welcher ladet, er wird aber bestraft. Ferner schloß mit der Aufforderung, sich lebhaft für die Entwicklung der Fahr- und Fachschule zu interessieren und durch tatkräftige Aktion den Einfluss des Verbandes zu stärken. Verschiedene Diskussionsredner ergänzten noch nach verschiedenen Richtungen die Ausführungen des Referenten und erwähnten gleichfalls zur Stärkung des Verbandes.

Freiburg i. Schl. In der am 1. November abgehaltenen Mitgliederversammlung gab zunächst Kollege Geburtig einen ausführlichen Bericht über die vierte Gaukonferenz. Die Abrechnung gestaltete sich wie folgt: Die Einnahmen betragen inkl. Kassenbestand 602,42 Mk., die Ausgaben 382,03 Mk., so daß ein Kassenbestand von 220,39 Mk. verbleibt. Durch die Revisionen wurde die Richtigkeit bestätigt. Unter Verschiedenes kamen einige interne Sachen zur Besprechung. Auch rügte der Vorsitzende die Interesslosigkeit der Mühlenarbeiter und Knischer. Es hatte sich kein einziger eingeschrieben, trotzdem die Verhältnisse bei der Firma C. U. Conrad nicht die besten sind und deren Angestellte über manches zu klagen hätten. Die meisten dieser Kollegen gehen lieber in Krieger- und sonstige Hilfsmittelvereine. Als vor kurzem der Gauleiter des Müllerverbandes hierseits eine Betriebsbesprechung einberufen und die Gründung einer Zählstelle anregte, so wurde selbigem nur die Antwort zuteil, wir brauchen keinen Verband; wollen wir etwas haben, so brauchen wir es nur der Firma unterbreiten und wir werden es jederzeit erhalten. Wenn dem so ist, dann ist es zu verwundern, daß noch nichts gefordert worden ist, da doch die Löhne bei genannter Firma viel zu wünschen übrig lassen. Auch unter den Bierkutschern herrscht eine große Laune; trotzdem die Arbeitszeit eine unbegrenzte ist und die Löhne auch nicht die besten sind, gehen genannte Kollegen auch meist in den Kriegervereinen, anstatt in ihre Organisation. Es wäre endlich Zeit, daß diese Kollegen einmal aus ihrem Schlafe erwachen, sich ihrer miserablen Lage bewußt würden und dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande beitreten. Erst wenn sie ein geschlossenes Ganzes bilden, werden auch für sie einmal einige Zugeständnisse von Seiten der Arbeitgeber zu erringen sein.

Hannover. Unsere Generalversammlung fand am Sonntag, den 1. November statt. Der Besuch ließ sehr zu wünschen übrig. Man sollte meinen, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse würden unseren Kollegen wohl etwas mehr die Augen öffnen. Das scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Gerade in der letzten Zeit müssen wir beobachten, daß eine gewisse Gleichgültigkeit unter den Kollegen Platz gegriffen hat. Um die Veranstaltungen des Verbandes kümmert man sich wenig; wenn aber irgend ein Vergnügungsverein etwas arrangiert, so kann man einen Teil unserer Kollegen dort antreffen. Das kann und darf nicht so weiter gehen. Wir haben alle Ursache, uns etwas mehr um die Organisation zu kümmern. Groß ist die Zahl derjenigen, die uns noch fern stehen. Deshalb muß es Pflicht eines jeden Kollegen und auch jeder Kollegin sein, mit Hand ans Werk zu legen. Nur mit vereinten Kräften wird es uns möglich sein, eine bessere Zukunft zu erringen.

Den Geschäftsbericht erstattete der Bevollmächtigte. Im vergangenen Quartal fanden 5 öffentliche und 3 Mitgliederversammlungen, sowie 58 Sitzungen und Besprechungen statt. An Kasseingängen waren 194, an Ausgängen 603 zu verzeichnen. An Lohnbewegungen waren eine, der Streik der Möbeltransporteure mit 219 Beteiligten, zu verzeichnen. Trotz der wirtschaftlichen Krise ist es gelungen, nicht nur den Mitgliederbestand zu halten, sondern auch um ein gutes Teil zu erhöhen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 724 im 2. Quartal auf 794, darunter 131 weibliche, im dritten Quartal. Am Schwächsten ist die Organisation unter den Handelskassierern vertreten, am höchsten im Möbeltransportergewerbe, ca. 85 pCt. der Arbeiter dieses Berufes sind organisiert. Ein erfreuliches Bild gab der Bericht des Kassierers. Einnahme und Ausgabe bilanzieren mit 5331,47 Mk. Der Lokalkassenbestand ist um 400 Mk. gestiegen. Die Hauptkasse hat insgesamt 3973,25 Mk. erhalten. An Unterstützungen, Orts- und Hauptkassen, sind bezahlt worden: 1. für Arbeitslose 339,59 Mk., 2. für Kranke 428,80 Mk., 3. für Gemahrgeld 98,15 Mk., 4. für Rechtsschutz 25 Mk., 5. für Extrantersicherung 115 Mk. und für Reiseunterstützung 38,25 Mk. Zusammen also 1044,70 Mk. An Beiträgen sind 8020 à 50 Pf. und 1729 à 25 Pf., zusammen 9749 verkauft, gegenüber dem 2. Quartal ein Mehr von 2423. Der Beitragsdurchschnitt ist von 11,5 im 3. Quartal 1907 auf 12,3 im 3. Quartal 1908 gestiegen. Von 794 Mitgliedern haben 782 den Streikbeitrag in Höhe von zusammen 234,60 Mk. bezahlt. Man sieht also auch hier einen merkwürdigen Fortschritt. — In der Diskussion wurde allseitig die Tätigkeit der Ortsverwaltung anerkannt, doch wurde betont, daß es Aufgabe eines jeden Mitgliedes sein müsse, bei der Aktion mitzuarbeiten. Der errungene Erfolg darf uns nicht verleiten, die Hände in den Schoß zu legen; wir müssen bestrebt sein, das Gewonnene weiter auszubauen und damit die Organisation auf die richtige Höhe zu bringen. Auf Antrag der Revisionen, die Bücher und Be-

läge in bester Ordnung befunden haben, wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt.

Durch Abstimmung über die Form der Beteiligung am Ban des Gewerkschaftshauses wurde beschlossen, daß pro Monat ein Extrabeitrag von 50 Pf. erhoben werden soll. In der Besprechung über den Möbeltransportarbeiterstreik wurde unter anderem auch das eigenartige Verhalten der Witwe Diezmeyer, Gastwirtschaft, Kornstr. 20, kritisiert. Die Frau meinte in bezug auf die Arbeitswilligen, sie müßte ja mit diesen Leuten halten. Ihr Sohn, der Mitglied des Verbandes war, habe sich streiken lassen. Man erachtete es als Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters, nur in solchen Lokalen zu verkehren, deren Mitglieder nicht solch eigenartigen Standpunkt vertreten. Darauf wurde einstimmig beschlossen, die Mitglieder August Oden ng, Emil Stengel, Hermann Ohendorf, Georg Holz Müller, Karl Wicke und August Heinrich, wegen Streikbruch auszuschließen, bezw. deren Ausschluß beim Hauptvorstande zu beantragen. Sodann wurde eine Kommission gewählt, die die Angelegenheit des Kollegen Junke zu untersuchen hat. Nachdem noch einige kleine Sachen erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit der Mitarbeit der Kollegen, sowie auch der Beteiligung an der politischen Partei und Presse.

Hamburg. Mitgliederversammlung des Deutschen Transportarbeiterverbandes am 25. Oktober. Der Referent führte folgendes aus: Für die Tarifbewegung seien die Buchdrucker bahnbrechend gewesen, später seien Maurer und Zimmerer auch zu Abschüssen gekommen; während man früher der Meinung war, daß Verträge lahmlegend auf die Gewerkschaftsbewegung wirkten, sei man jetzt anderer Ansicht. Untercheiden müsse man Korporativverträge und Einzelverträge. Vorbedingung bei Abschluß von Tarifen sei: langjährige Organisation. — Dann gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal. Einnahme 1295,95 Mk., Ausgabe 730,80 Mk., davon an die Hauptkasse 585,65 Mk.; Bestand: 565,14 Mk. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Die Abrechnung vom Vergütigen ergab einen Ueberschuß von 80,65 Mk., welcher der Ortskasse überwiesen wurde. Zu dem bereits bestehenden Festausschuß werden noch 12 Kollegen gewählt. Nachdem dann der Vorsitzende nochmals auf das "Volksblatt" hingewiesen und für den Verband stets zu agieren, aufgefordert hatte, schloß er die gut besuchte Versammlung.

Jena. Am 31. Oktober fand eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Ein Kollege referierte über: "Alkoholfrage und Arbeiterbewegung". In seinem Vortrage erläuterte Ferner den anwesenden Kollegen die Schädlichkeit des Alkohols. Er wies durch Statistiken nach, daß gerade im Transportergewerbe der Schnaps als Getränk diene, es sei auch nicht zu verwundern, da die Kollegen der Witterung ausgesetzt sind. Eine Schuld treffe auch die Kollegen selbst, da sie glauben, erstens sei der Schnaps gut für die Kräfte und zweitens helfe der Alkohol die Sorgen leichter vertreiben. Die Arbeiterorganisationen leiden unter dem Bruch des Alkohols, da diejenigen Kollegen, welche den Schnaps als ihr Hauptgetränk betrachten, sehr selten aufzuklären seien. Ferner forderte die Anwesenden auf, ihre ganze Kraft aufzuopfern, um den Alkohol zu beseitigen oder wenigstens zu vermindern zu helfen, damit sei auch der Organisation eine große Arbeit erspart. In der Diskussion wurde von verschiedenen Kollegen der Vortrag noch ergäntzt oder nach ein sanfter Druck gegen den Volksverbandungsausschuß geübt und betont, daß er ein Krebsgeschwür für sämtliche Organisationen bilde. Folgende Resolution wurde zum Beschluß erhoben:

„Die am 31. Oktober 1908 im Saale der Kronentagende-Versammlung des Transportarbeiterverbandes — Zählstelle Jena — erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten, Kollegen Schürke, vollständig einverstanden. Die Versammlung erkennt in dem übermäßigen Alkoholgenuß eine große Gefahr für die moderne Arbeiterbewegung. Sie erblickt im Alkoholisismus einen schweren Schädiger der körperlichen und geistigen Entwicklung, der Kampftätigkeit der Berufskollegen, ein schweres Hemmnis aller organisatorischen Bestrebungen und Kulturarbeit. Die Versammlung hält es deshalb als eine ernste Aufgabe, den Kampf gegen übermäßigen Alkoholgenuß mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Als erstes Mittel in diesem Kampfe wird stets die wirtschaftliche und geistige Hebung der Berufskollegen sowie der gesamten Arbeiterklasse sein, wie sie durch die gewerkschaftliche und politische Organisation erstrebt wird. Als zweites Mittel ersucht die Versammlung die Ortsverwaltung, bei dem Zentralvorstande dahin zu wirken, daß mehr als wie bisher für Aufklärung über die Wirkungen und Gefahren des Alkohols im Verbandsorgan geschehen soll.“

Den Kartellbericht erstattete Kollege Wähig. Derselbe wurde beifällig aufgenommen. Ein Antrag des Gauvorstandes, die Gaubeiträge zu erhöhen, entfiel durch eine lebhafte Diskussion, welche dazu führte, daß der Antrag gegen ein paar Stimmen abgelehnt wurde. Die Abrechnung wurde vom Kassierer Neuhardt gegeben. An Einnahmen sind zu verzeichnen: Kassenbestand 24,68 Mk., Ausnahmen 15 à 1 Mk. — 15 Mk., Wochenbeiträge 1875 à 35 Pf. — 656,25 Mk., Frauenmarken à 20 Pf. 97 Stück — 19,40 Mk., bittliche Zuschußbeiträge à 5 Pf. 1972 — 98,60 Mk., Fondsmarken à 25 Pf. 19 Stück — 4,75 Mk.; an sonstigen Einnahmen 11,40 Mk., zusammen 830,08 Mk. Die Ausgabe ist folgende: Reiseunterstützung 8,50 Mk., persönliche 77,25 Mk., sächliche 3,40 Mk., für Versammlungen, Annoncen usw. 13,02 Mk., Kartell und Sekretariat 67,05 Mk., für Porto 7,50 Mk., sonstige Ausgaben 20,56 Mk., an die Hauptkasse 560,74 Mk., so daß ein Kassenbestand von 82,06 Mk. verbleibt.

Für die Hauptklasse wurde verausgabt an Krankenunterstützung 27.— Mk., für Arbeitslose 31,50 Mk., Extraausgaben 15 Mk., für sonstige Ausgaben 42,30 Mk. Folgende Posten sind für die Hauptklasse berechnet worden: 50 pCt. der Aufnahmen 7,50 Mk., 75 pCt. der Wochenbeiträge 492,19 Mk. zu 35 Pf. für 1875 Stück, 75 pCt. der Frauenmarken 97 Stück à 20 Pf. — 14,55 Mk., Gaubeitrag 146 Mitglieder à 5 Pf. — 7,30 Mk., Beiträge zum Streifonds 146 Mitglieder 29,20 Mk. Markenbestand am Schluß des 3. Quartals à 40 Pf. 2190 Stück, à 25 Pf. 91 Stück, Streifondsmarken à 25 Pf. 166 Stück. Die Mitgliederbewegung war folgende: Bestand am Schluß des 2. Quartals 135 männlich, 6 weiblich, aufgenommen 15 männlich; aus anderen Verbänden übergetreten 2 männlich, 1 weiblich; zugereist 9 männlich, zusammen 161 männlich, 7 weiblich; im Laufe des 3. Quartals ausgeschieden 17 männlich, 1 weiblich, nach andern Verwaltungsstellen abgereist 4 männlich; dahin bleibt ein Bestand von 140 männlich, 6 weiblich. Eine Diskussion ergab sich nicht; nunmehr wurde von Seiten der Revisoren die Entlastung für den Kassierer beantragt, nachdem dieselben Kasse und Bücher für richtig befunden haben. Die Entlastung erfolgte einstimmig. Unter „Verschiedenes“ gab Kollege Wlita bekannt, daß die letzte Vorstandssitzung beschlossen habe, einer Kollegin 5 Mk. auf Antrag ihrerseits zu bewilligen. Die gewählte Kommission für ein Wintervergnügen erstattete Bericht, wonach am 9. Januar 1909 eine Abendunterhaltung mit Ball stattfinden soll im Gewerkschaftshaus. Es wurde noch betont, daß die Volkshochschulfürsorge beginnen und wird um rege Beteiligung gebeten. — Kollegen, sorgt dafür, daß die Versammlungen besser besucht werden und auch die Agitation nicht vergessen wird, denn Arbeit gibt es in Hülle und Fülle.

Leipzig. Die Geschirrführer aller Branchen hielten am Sonntag, den 1. November eine öffentliche Protestversammlung ab, in welcher gegen die ungerichteten Paragraphen der Verkehrsordnung und deren Handhaben Stellung genommen wurde. Die Versammlung war so stark besucht, daß die Räumlichkeiten sich als viel zu klein erwiesen und ein Teil Kollegen keinen Zutritt mehr finden konnte. In aufmerksamer Weise verfolgte die Kopf an Kopf gedrängte Masse die Ausführungen des Referenten, Stadtverordneten Genossen Wammez, der einleitend hervorhob, daß diese Versammlung als eine Fortsetzung der Wahlrechtsdemonstration gelten könne. Dort wie hier sei gegen die Ungerechtigkeit von Gesetzesbestimmungen, die die Arbeiterschaft unterdrückt, protestiert worden.

Zu beachten ist, daß aber derartige Gesetze von Personen gemacht werden, die mit der Arbeiterschaft nicht die geringste Fühlung besitzen. Zwar kann gegen eine Verkehrsordnung an und für sich niemand etwas einwenden; gegen einzelne Paragraphen muß aber entschieden protestiert werden. Ein derartiger Paragraph der Verkehrsordnung, wodurch die Geschirrführer schwer geschädigt werden, ist der § 48. Zwar wurde bei Schaffung der Verkehrsordnung, durch den verstorbenen Stadtrat Dr. Schanz milde Handhabung der einzelnen Bestimmungen zugesichert. Wie es aber in Wirklichkeit damit bestellt ist, das beweisen am besten die ganz horrenden Strafen, welche die Geschirrführer fortlaufend zu blechen haben. Geschirrführer, die den ganzen Tag auf der Straße liegen und es wagen auf einen Augenblick ihr Fuhrwerk deshalb unbeaufsichtigt stehen lassen, um ihre menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen, werden schwer bestraft; liegt hingegen das unbeaufsichtigte Stehenlassen der Geschirre im Interesse der Unternehmer, so hat die Behörde Einwendungen nicht zu machen. Diese Ungleichheiten zu beseitigen, muß Aufgabe aller Geschirrführer sein.

Sehr häufig wird das Vorgehen der Polizei den Aufsehern gegenüber als Schilane aufgefaßt und wer gegen diese Maßnahmen sich beschwert, hat wenig Aussicht, zu seinem Rechte zu gelangen. Zwar zählt die Stadt ^{10/11} und der Staat nur ^{1/11} der Polizeikosten, trotzdem haben die Stadtverordneten zu den Maßnahmen der Polizei so gut wie nichts zu sagen. Wollen die Geschirrführer die Härten der Verkehrsordnung beseitigen, so ist eine straffe Organisation die erste Vorbedingung.

An die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine ausgiebige Diskussion an. Derselben verdient hervorgehoben zu werden, daß der Transportarbeiterverband schon früher gegen die ungerichteten Bestimmungen des Straßenpolizei-Regulativs Stellung nahm und damit auch Erfolge insofern erzielt wurden, indem an den Fuhrwerken gebrauchsfähige Kennvorrichtungen und feste Aufscherisse angebracht werden mußten. Bittere Klagen wurden über die hohen Polizeistrafen geführt, die bei dem geringsten Verstoß den Geschirrführern aufgebrennt werden. Ein Kollege war gezwungen, in einem Jahre 140 Mk. Polizeistrafen zu blechen. Berücksichtigt man die geringen Löhne, die alle Fuhrwerksbesitzer gewahren, so bedeutet die Bezahlung derartiger Straffnahmen, daß den Arbeiterfamilien das Brot vom Tisch genommen wird.

Nachdem die Versammelten auf die bevorstehende Stadtverordnetenwahl aufmerksam gemacht und zum festen Zusammenschluß in der Organisation aufgefordert waren, wurden noch einige an dem Referenten gerichtete Fragen zur Zufriedenheit der Kollegen beantwortet und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 1. November 1908 tagende Geschirrführerversammlung aller Branchen von Leipzig und Umgegend protestieren energisch gegen den § 48 der Leipziger Verkehrsordnung, der das ausschließliche Stehenlassen der Fuhrwerke nur dann gestattet, wenn dieses im Interesse der Unternehmer liegt.

Da unter den heutigen Verhältnissen fast alle Geschirrführer gezwungen sind, ihre Tätigkeit vom

frühen Morgen bis zum späten Abend auf der Straße zuzubringen, so ist es selbstverständlich, daß während dieser Zeit auch Mahlzeiten eingenommen und somit die Fuhrwerke ohne Aufsicht stehen gelassen werden müssen, was aber nach obigem Paragraph bestraft wird.

Die Versammelten beauftragen die Leitung des Transportarbeiter-Verbandes, an den Rat der Stadt Leipzig eine Eingabe zu machen, in der dieser unhaltbare ungerechte Zustand geschildert und die Abänderung dieses Paragraphen gefordert wird.

Obige Verbandsleitung hat diese Angelegenheit zu verfolgen und nach Eingang einer Antwort von Seiten des Rates Bericht zu erstatten.

Weiter verpflichten sich die Versammelten, ihre Organisation auszubauen, um eventuell mit der Macht derselben in dieser Beziehung Remedur zu schaffen.“

Nürnberg-Fürth. In einer am 27. Oktober in Nürnberg und am 28. Oktober in Fürth abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt ein Genosse einen Vortrag über: „Die bevorstehenden Gemeindevahlen“ und deren Bedeutung. Redner gab zunächst einen ausführlichen Bericht über die hener zum erstenmale in Bayern gesetzlich vorzunehmenden Verhältniswahlen, wonach es jedes Einzelnen Pflicht ist, sich an der Wahl zu beteiligen, da es leicht vorkommen kann, daß eine Stimme entscheidet, ob ein Genosse mehr oder weniger in das Stadiparlament einziehen soll.

Hierauf wurde vom Vorsitzenden der Tätigkeitsbericht für das 8. Quartal gegeben, welchem zu entnehmen ist, daß dasselbe sich im Wesentlichen mit den stattgefundenen Lohnbewegungen der Expeditions- und Kohlenarbeiter zu beschäftigen hatte, wozu eine Anzahl Besprechungen, Sitzungen und Versammlungen nötig waren, so daß im neuen Quartal neuerdings tatkräftig mit der Agitation eingesezt werden kann.

Sodann gab der Kassierer den Kassabericht. Derselbe kann als erfreulich bezeichnet werden, da der Bestand sich wieder wesentlich vermehrt hat.

Der Kassabestand vom vorigen Quartal betrug 404,28 Mk. Die Einnahmen betragen 13202,18 Mk., dem gegenüber eine Ausgabe von 12808,02 Mk. zu Buche steht, so daß am Anfang des 4. Quartals ein Kassabestand von 4440,34 Mk. somit ein Mehr von 394,11 Mk. zu verzeichnen ist. Der Mitgliederbestand beträgt zur Zeit 144 männliche, 74 weibliche und 8 jugendliche, das ist ein Mehr von 44 männlichen Mitgliedern im 8. Quartal, so daß es doch, wenn auch nicht allzurast, aber immerhin vorwärts geht. Bedauerlicherweise muß konstatiert werden, daß seitens der Kollegen dem Arbeitsnachweis immer noch nicht so recht seine Bedeutung zuerkannt wird. Von den im 3. Quartal arbeitslos gemeldeten 78 Kollegen waren am Schluß des Quartals noch 9 vorhanden.

Nachdem von Seite der Revisoren bekundet, daß Kassa und Bücher stets in bester Ordnung sich befanden, wurde auf Antrag der Geschäftsleitung einstimmig Decharge erteilt. Nachdem bei „Verschiedenes“ einige örtliche Angelegenheiten erledigt wurden, folgte Schluß der Versammlung.

Sträßburg i. G. Endlich bestimten sich auch die hiesigen Kollegen wieder und erkannten, daß nur durch festes Zusammenarbeiten Verbesserung ihrer elenden Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht werden kann. Der Besuch unserer Generalsversammlung am 24. Oktober 1908 und das bei den verschiedenen Punkten der Tagesordnung bezogene Interesse der Anwesenden lassen wenigstens auf gute Weiterentwicklung schließen. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Versammlungsbesuch im verfloffenen Quartal leider sehr flau war. Sogar einige Verwaltungsmittelglieder fanden es bequemer, zu Hause zu sitzen, als trotz mehrmaliger schriftlicher Einladung in den Sitzungen zu erscheinen. Es wurden deshalb für diese Dürrebeberger andere Kollegen gewählt, die hoffentlich ihre Venier besser ausfüllen. Der Klassenbericht zeigte, daß, trotz der großen Arbeitslosigkeit, die Beitragsleistung nicht zu rückgegangen und dies speziell dem steigigen Einkassieren zuzuschreiben ist. Aus den vorgelesenen Zahlen fielen hauptsächlich die hohen Summen für Unterhaltungen auf, was sich allerdings mit der hier herrschenden allgemeinen Krise erklären läßt.

Von den verschiedenen vorliegenden wichtigeren Anträgen wurde der von dem Vorstande gestellte: die hiesige Zahlstelle der „Arbeitslosenversicherung der Stadt Sträßburg“ anzuschließen, einstimmig angenommen. Anschließend wurde dann nach lebhafter Diskussion auch ebenso einstimmig beschlossen, daß nur solche Mitglieder Anspruch auf Unterstützung haben, die mit ihren Beiträgen nicht länger als 4 Wochen im Rückstande sind. Ausgenommen sind Fälle, wo die Kollegen um begründete Stundung nachgesucht haben. Es soll dieser Beschluß ein Schutzmittel sein gegen jene Kollegen, welche jetzt mit den Beiträgen 10—13 Wochen nachhinken, aber doch immer die ersten sind, die die Verbandskasse in Anspruch nehmen. Diese Kollegen sind es auch, die, nachdem die Unterstützung beendet, fast regelmäßig erklären, nicht mehr weiterzahlen, denn jetzt hätte es vorläufig keinen Zweck mehr für sie. Es wurde allgemein anerkannt, daß der Beschluß im Interesse aller, die wirklichen Ziele der Organisation erkennenden Kollegen liegt und deshalb der Geschäftsführung strikte Durchführung dieser Bestimmung empfohlen. Nachdem noch bestimmt, daß unter diesjähriges Stiftungsfest am 21. November stattfindet und einige kleinere Anträge erledigt waren, trat Schluß der gut verlaufenen Versammlung ein.

Es ist nun zu hoffen, daß die nächsten Versammlungen, die noch viel wichtiger und interessanter sein werden, noch besser besucht sind als diese. Denn nur dann, wenn unsere Organisation stark und jedes

Mitglied aufgeklärt ist, können wir auf gute Erfolge in dem wirtschaftlichen Kampfe rechnen. Die heutige Zeit verlangt ganze Männer und überzeugte Kollegen, die sich durch nichts von ihrem rechten Wege abbringen lassen. Die beste Aufklärung wird immer in den Versammlungen gegeben und ersuchen wir deshalb alle Kollegen, in diesem Sinne mitzuarbeiten an der Ausbreitung unserer Organisation, sowohl in die Tiefe als in die Breite.

Daß gerade in Sträßburg die allgemeinen Lohn- und Arbeitsbedingungen, speziell unseres Berufes, sehr dringend verbessert werden müssen, wird und muß jedermann zugeben.

Deshalb sei die Parole für jeden Transportarbeiter: Hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband und dann als dessen Mitglied mitgehen an der notwendigen Verbesserung unserer elenden Berufsverhältnisse bis zur endlichen Vertreibung der Arbeiter vom Sklavenjoch des Kapitalismus.

Wilmersdorf. Am Sonntag, den 25. Oktober, fand für die Kollegen und deren Familienangehörigen eine Versammlung statt, in der der Obmann der 9. Distriktskommission einen Vortrag über: „Der Sturm der Reaktion auf das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankentassen“ hielt. Reicher Beifall lohnte den Redner. Der Vortrag selbst hatte eine äußerst rege Diskussion entfaltet, an der auch Vorstandsmittelglieder der Wilmersdorfer Ortskrankentasse sich beteiligten.

Nachdem noch beschlossen wurde, den für das Jahr 1909 unterm 20. Februar festgesetzten Maskenball ausfallen zu lassen, wurde die Versammlung geschlossen.

Literarisches.

Im Verlag von F. H. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Im Strom der Zeit, Gedichte von Ernst Preczang. 168 Seiten. Preis gut tarioniert 1,50 Mk., elegant gebunden 2 Mk.

Der in weiten Parteilreisen bekannte Genosse Preczang gibt unter obigem Titel zum ersten Male eine Sammlung Gedichte heraus; es sind sorgfältig gewählte Erzeugnisse seiner Muse, vorzugsweise Tendenz- und rein lyrische Gedichte, die in fünf Abteilungen gegliedert sind: Soziale Gedichte — Aus Natur und Wanderschaft — Liebe — Lieber vom Meer — Vermischte Gedichte. Preczang bietet den Parteilgenossen ein feinsinniges Mischlein dar, das einen tiefen Einblick in das Schaffen eines warmherzigen, mit dem Proletariat fühlenden Dichters gewährt, der, selbst Proletarier, so eigene Worte hat für das, was das arbeitende Volk erregt, bedrückt und doch wiederum über das Alltägliche erhebt.

Wir möchten das Buch als eine genußreiche Lektüre allen empfehlen, die nach den harten Kämpfen des Tages noch eine Stunde finden, mit unsern Poeten zu gehen. Sie werden erfrischt das Tageswerk wieder aufnehmen.

Briefkasten.

Hofstock? Von dort ist ein Manuskript eingegangen, das wahrscheinlich ein Versammlungsbericht sein soll. Es fehlt jedoch eine Angabe, wann die Versammlung stattgefunden hat, sowie jede Unterschrift. Wir bitten also um Auskunft. D. R.

Mitteilungen des Vorstandes.

Neue Verwaltungsstellen wurden gegründet am 4. November 1908 in Bochum; Vertrauensmann Joseph Kollmar, Gradenstr. 10. Am 1. November 1908 in Gelsenkirchen; Vertrauensmann Wilhelm Streup, Viktoriastr. 29.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Heinrich Kramer, Spt.-Nr. 279 217, eingetreteten 30. Oktober 1904 in Meißel und Otto Wilsdorf, Spt.-Nr. 152 286, eingetreteten 3. Juni 1905 in Dresden. Falls diese Bücher vorgezeigt werden sind sie an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Das Mitglied Friedrich Weller-Häbelberg, Spt.-Nr. 410 407, ist von dort abgereist, ohne seinen Verpflichtungen dem Verbands gegenüber nachzukommen. Sollte der p. Weller irgendwo auftauchen, so ist dies dem Unterzeichneten unter genauer Angabe der Adresse sofort mitzuteilen.

Das Bureau der Verwaltungsstelle Nürnberg-Fürth befindet sich jetzt im Neubau der „Frankischen Tagespost“, Breitegasse 25/27. (Mittelbau). Daselbe ist geöffnet von 11—1 Uhr und von 5—7 Uhr. Sonntags geschlossen. Das Bureau des Vorstandes des Bau 7 (Nordbayern) ist ebenfalls nach dort verlegt worden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

F. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

M. A.: Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kasper, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Verantwortl. Redakteur: Emil Nebel, Lichtenberg. Verlag der Buchbldg. „Courier“, C. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmid, Berlin, Adalbertstr. 37.